

**Bezugspreis:**  
Wochenschrift 30.- M., monatlich 10.- M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: monatlich 10.- M., einjährig 120.- M.  
Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,  
Litauen und Ostgalizien 20.- M., für  
das übrige Ausland 27.- M. Post-  
bestellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-  
mark, Holland, Dänemark, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Erziehung und Kleingarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt**  
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Komposition  
kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“  
das festgedruckte Wort 1.50 M. (un-  
abhängig vom festgedruckten Wort), jedes  
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen  
und Stellenanzeigen das erste  
Wort 1.- M., jedes weitere Wort  
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten 2.- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsgeld.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Bauzeitungs-Verlag, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gehalt  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54  
Donnerstag, den 8. September 1921  
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Es wird weiter verhandelt!

Berlin, 7. September. (WZB.) (Amflich.) Heute  
nachmittag um 4 Uhr begannen in der Reichskanzlei die Be-  
sprechungen der Reichsregierung mit den Vertre-  
tern der bayerischen Regierung und der bayeri-  
schen Koalitionsparteien. Sie wurden um 7 1/2 Uhr abends  
abgebrochen und werden morgen früh um 9 Uhr fort-  
gesetzt werden.

**Besprechung der Koalitionsparteien.**  
Am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, werden die Führer  
der Koalitionsparteien des Reichstages eine Kon-  
ferenz abhalten, um zu der politischen Lage Stellung zu  
nehmen, besonders um die bayerische Frage zu besprechen.

**Gemeinsames Vorgehen.**  
Am Mittwoch fand eine vertrauliche Aussprache von Ver-  
tretern der Sozialdemokratischen Partei mit solchen  
der USP über die politische Lage statt. Man war sich einig  
darin, daß sich zum Schutze der Republik ein gemein-  
sames Vorgehen beider Parteien empfiehlt. Im  
Vordergrunde stand die bayerische Frage. Es wurden  
die Maßnahmen besprochen, die bereits bei den Beratun-  
gen in Nürnberg eingeleitet worden sind, sowie die  
Unterstützung, die die gesamte Arbeiterschaft, falls es  
notwendig werden würde, der bayerischen Arbeiterschaft  
leisten würde. Allseitig wurde betont, daß die sofortige  
Aufhebung des Belagerungszustandes in  
Bayern unerlässlich sei. Wie in diesen Fragen, so ergab  
sich auch eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der  
Maßnahmen, die auf dem Wege der Gesetzgebung zum Schutze  
der Republik zu treffen sind.

Am Abend nahmen die Vertreter der beiden Parteien  
Gelegenheit, den Reichskanzler und den Reichs-  
minister des Innern über ihre Auffassung zu unter-  
richten. Insbesondere lenkten sie die Aufmerksamkeit der Re-  
gierung auf die Tatsache, daß auf Grund der Verordnung des  
Reichspräsidenten neuerdings wiederholt kommunistische  
Blätter verboten worden sind. Die Vertreter der Parteien  
ließen keinen Zweifel darüber, daß der im wesentlichen  
gegen die Rechtsblockschewisten gerichtete  
Charakter der Verordnung nicht durch untergeordnete Ver-  
waltungsorgane verwischt und nach links umge-  
bogen werden dürfe. Die Regierungsvertreter betonten  
ihre Übereinstimmung mit dieser Auffassung, erklärten jedoch,  
daß, wenn linksstehende Blätter zur Gewaltanwen-  
dung gegen die Verfassung oder die Vertreter der Re-  
publik aufforderten, die Verordnung auch gegen sie Anwen-  
dung finden müsse. Die Besprechung wird am Donnerstag  
abend fortgesetzt werden, nachdem die Beratungen mit den  
bayerischen Vertretern beendet sein werden.

**Kahr läßt verbieten!**  
Jedoch nicht etwa die deutschnationale Hehresse, um  
deren Verbot der Reichsminister des Innern ihn ersucht hatte, son-  
dern — Plakate der Sozialdemokratischen Partei  
und der Gewerkschaften! Unser Münchener Korrespondent  
bringt uns den Wortlaut dieser Plakate. Hier ist er:

**In das freie und deutsche schaffende bayerische Volk!**  
Gegen Recht und parlamentarische Übung haben die Koali-  
tionsparteien des Landtags am Dienstag, den 6. September,  
durch einen Beschluß im Ständigen Ausschusse die Besprechung  
der gegenwärtigen ernsten Lage vereitelt, die Regierung konnte  
sich ihrer Verpflichtung entziehen, vor den schwerwiegendsten  
Entscheidungen die Meinung der berufenen Vertretung des  
gesamten bayerischen Volkes einzuholen.  
Selbstsüchtige Eigendünkel, engstirniger partikularistischer  
Eigennutz haben neuerdings das ganze deutsche Volk in einem  
Augenblick in Schmierigkeiten versetzt, in dem schon die außen-  
politische Lage Deutschlands die gefährliche Einseitigkeit des Volkes  
und die rückhaltlose Unterstützung der Reichsregierung und der Re-  
publik verlangt. Nicht nur die Interessen der deutschen Arbeiter  
allein, die wirtschaftlichen und politischen Interessen des gesamten  
schaffenden Volkes ohne Unterschied des Berufes stehen auf dem  
Spiel. In Bayern selbst wird der Ausnahmezustand aufrecht-  
erhalten und ohne Grund und Notwendigkeit einseitig unter schmä-  
licher Nichtachtung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetze  
durch Verwaltung und Politik nur gegen linksstehende Parteien an-  
gewendet. Unter seinem Schutze können sich die rechtspolitischen  
hochverräterischen Bestrebungen breitmachen, gebildet von der  
gegenwärtigen Regierung Kahr. Soweit konnte es kommen, daß  
gegen friedliche Bürger, die in der höchsten, durch Mordmord  
von rechts geschaffenen Not des Volkes ihr Treuebekenntnis  
zur Verfassung und gegenwärtigen Staatsform bekundeten,  
ohne jeden Grund Panzerautos aufzufahren, Maschinengewehre ein-  
gesetzt und Handgranaten geschleudert wurden. Soweit haben wir  
es gebracht, unter Führung eines Mannes, der bei jeder Ge-  
legenheit ein

**Lippensbekenntnis zur Reichskreuz**  
ablegt und zur vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Schaffenden  
aufgerufen hat.  
Schamlos und verlogen wird in steigendem Maße gegen Reich  
und Reichseinrichtungen gehetzt. Wir wissen, die Maßnahmen des  
Reiches, des Reichspräsidenten und des Reichstages richten sich  
nicht gegen das bayerische Volk;  
sie dienen lediglich dem Zwecke, die Verfassung zu schützen und den  
Reichsmord nicht zu einem ständigen Kampfmittel gegen die Re-  
publik und ihre Führer werden zu lassen. Wir wissen, die weitesten  
wirklich vaterländisch gesinnten Kreise auch des bayerischen Volkes  
sind geschlossen hinter der Reichsregierung und der Mehrheit des  
Reichstages. Bayern darf nicht länger der Hort der Unruhe,  
der Volkserhebung und der Reichsverdröbenheit sein.  
Die Entscheidung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes für  
Bayern muß fallen. Angesichts der einmütigen Haltung aller  
übrigen deutschen Länder und der Empörung auch des ganzen außer-  
bayerischen Volkes steht die bayerische Reaktion auf verlorenem  
Posten. Aber die maßlose Verblendung der bayerischen Regierung  
kann dazu führen, daß schwerste politische Kämpfe entstehen.  
Wir rufen allen freiheitlich Gesinnten zu:

**Seid wachsam und gerüstet!**  
Arbeiter, Volksgenossen, hütet Euch vor planlosen Aktionen,  
unternehmt nichts gegen die Parole Eurer Führer, die erforder-  
lichenfalls rechtzeitig kommen wird. Alle notwendigen Maß-  
nahmen sind vorbereitet! Unser gutes Recht und die  
Gefechtsfähigkeit muß zum Ziele führen.

**Sozialdemokratische Partei Bayerns.**

**Aufruf an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten Bayerns.**  
Durch die heute durch nichts mehr begründeten Belagerungs-  
zustand in Bayern haben sich Zustände herausgebildet, die es not-  
wendig machen, daß auch die Gewerkschaften zur Lage Stellung  
nehmen.

Die Gewerkschaften im besonderen sind durch den Belagerungs-  
zustand in ihrer Entwicklung und Tätigkeit auf das schwerste be-  
drängt. Das wichtigste Recht des schaffenden Volkes, das Koalitions-  
recht, ist durch den Belagerungszustand unterbunden. Mit den klein-  
lichsten Polizeimitteln der Vergangenheit, die einem Freistaat hohe  
sprechen, wird das schaffende Volk durch dieses Ausnahmege-  
setz schikaniert. Dagegen gilt es Front zu machen. Auf der Gegenseite  
sehen wir, daß sich die Feinde des schaffenden Volkes hemmungslos  
auswirken können. Dieser

verfassungswidrige Zustand muß geändert werden.

Die fortwährende Gegenföchlichkeit der bayerischen Regierung zur  
Reichsregierung stellt die Reichseinheit in Frage. Mit der  
Gefährdung der Reichseinheit werden schwere wirtschaftliche Störun-  
gen ausgelöst. Das schaffende Volk ist der leidtragende Teil. Dieser  
Zustand andauernder Beunruhigung muß behoben werden.  
Die Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter-  
Angestellten- und Beamtenenschaft Bayerns haben die notwendigen  
Maßnahmen beraten und sich für den Schutz der demokratischen  
Republik und der Einheit des Reiches erklärt. Sie fordern von der  
bayerischen Regierung Aufhebung des Ausnahmezustandes und  
wenden sich an das ganze schaffende Volk Bayerns mit der Auf-  
forderung, die Gewerkschaften im Kampfe für Recht und Freiheit  
nach Kräften zu unterstützen. Die Vertreter der Gewerkschaften sind  
sich in dieser schweren Stunde der

**vollen Tragweite ihres Handelns bewußt**

und folgen nur dem Drängen der um die Anerkennung ihrer Gleich-  
berechtigung ringenden Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wir  
fordern Euch auf, bereit zu sein, wenn der Ruf des gemein-  
samen Handelns an Euch ergeht; denn der Ausnahmezustand muß  
fallen.

München, den 8. September.  
Der Vorstand der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Bayerns.

Diese beiden Aufrufe sollten morgen als Plakate in München  
angeklebt werden. Die Polizeidirektion verweigerte jedoch  
die Abkempfung, verbot das Anschlagen und ord-  
nete in der Druckerei die Herausgabe und Vernichtung der  
Plakate an! Zur selben Zeit hängt noch an den Straßentä-  
schen Plakate der „nationalsozialistischen Arbeiterpartei“, das die so-  
genannte demokratische Reichsregierung unter der Ueberschrift  
„Judenfreiheit in der Republik“ beschimpft!

Während die „Bayerische Staatszeitung“ die Wege für einen  
Ausgleich durch Verhandlungen offenläßt und zugibt, daß der feste  
Wille bei den Koalitionsparteien, vor allem der Bayerischen Volksp-  
artei, bestehe, es unter keinen Umständen auf einen  
Bruch mit dem Reich ankommen zu lassen, daß aber auch in  
Berlin der Wille zum Entgegenkommen vorhanden sei, nimmt es  
sich sehr sonderbar aus, daß der Leitartikel des Blattes mit  
einer Äußerung der Münchener Pressestelle des französischen  
Gesandtschaftsträgers, des Münchener Berichterstatters des „Ma-  
tin“, sich befähigt, der die „Verdienste“ der jetzigen bayerischen  
Regierung in der Bekämpfung des Bolschewismus und die Not-  
wendigkeit ihrer Erhaltung für die französischen  
Interessen darlegt. Die von Voehner immer noch nicht verbotene  
„München-Augsburger Abendzeitung“, deren Chefredakteur der be-

kannte Kappist Pfarrer Traub ist, drückt sich noch deutlicher  
aus, indem sie die Besprechung dieser „Matin“-Notiz mit dem Titel

**„Ein Wink Darbo“**  
bezeichnet. Im übrigen versucht dieses Blatt, die Berliner Be-  
handlungen nach Möglichkeit zu sabotieren. Es wirft die Frage auf:  
„Sind denn Verhandlungen überhaupt noch möglich in einer Frage,  
wo das Recht Bayerns so klar vor aller Augen liegt, daß es un-  
mittelbar vom bayerischen Volk bis weit hinein in die Kreise der  
Linken empfunden wird?“ Schließlich führt es die Verordnung des  
Reichspräsidenten damit an, daß es behauptet, der Reichspräsident  
selber sei der lebendige Widerspruch der Verfassung. Er sei ja selbst  
gar nicht vom Volk gewählt. In revolutionären Zeiten kann so ein  
Zustand hingenommen werden. In ruhigen Zeiten widerspräche er  
dem natürlichen Rechtsempfinden des Volkes. Wenn aber verhandelt  
werde, dann könne dies nur in der Form des Verhandels von  
Staat zu Staat geschehen, nicht in der Form, daß eine Provinz, in  
der einige Regierungsmassnahmen ungünstig wirkten, eine De-  
putation an die Regierung entsendet. Dieser Gebrauch endet meist  
damit, daß man den Leuten freundlich auf die Schultern klopf und  
daß es dann beim Alten bleibe.

Die Landeszentrale Bayern der freien Gewerkschaften hat die  
gestrige Weigerung des Ministerpräsidenten, sie zu empfangen, als eine

**schwere Beleidigung des arbeitenden Volkes**  
empfunden und darauf verzichtet, sich ein zweites mal  
einer Ablehnung auszufehen. Deshalb hat sie ihre Dele-  
gierten aus dem Lande wieder zurückgezogen. Nun erklärt die  
„Bayerische Staatszeitung“, der Ministerpräsident hätte sich wäh-  
rend des ganzen Mittwochvormittags zum Empfang der Gewer-  
schaftsführer bereit gehalten. Es sei aber von Seiten der Gewer-  
schaftsführer keinerlei Mitteilung mehr erfolgt, auch keine Besuchs-  
anzeige. Aus diesem Grunde sei der Empfang der Gewerkschafts-  
führer beim Ministerpräsidenten bis zur Stunde unterblieben.  
Ministerpräsident von Kahr sei noch niemals einer Besprechung aus-  
gewichen, von welcher Seite sie auch begehrt worden sei.

Gegenüber der

**Umgehung des Presseverbotes**  
durch das „Miesbacher Tagblatt“ nimmt sich ein eben erscheinender  
Erlaß der Münchener Polizeidirektion gegen das Wieder-  
erscheinen des Münchener USP-Blattes ganz merk-  
würdig aus. Die Ablehnung wird damit begründet, daß nach  
den bestehenden Bestimmungen keine rechtliche Grund-  
lage dafür bestehe, daß ein Zeitungsverbot überhaupt jemals auf-  
gehoben werden müsse. Die Erschließung des „Kampf“, nämlich  
die „Münchener Morgenpost“, und das „Mitteilungsblatt der USP“  
hätten sich derselben aufreizenden Sprache bedient wie der „Kampf“.  
Es sei daher absolut keine Gewähr dafür gegeben, daß nach Auf-  
hebung des Erscheinungsverbotes der „Kampf“ eine wesentlich  
andere Schreibweise und eine gemäßigtere Sprache führen werde als  
vor dem Verbot, weshalb dem Gesuch nicht stattgegeben werden  
könne.

Eine neue Poehner-Figur ist in Bayern in der Person des  
Staatssekretärs für das Verkehrswesen, Frank, entstanden, der die  
Geschäfte des verleumdeten Frauendorfer mit einem Erlaß über-  
nimmt, indem er verspricht, sein Amt mit Gerechtigkeit und Wohl-  
wollen führen zu wollen. Zur Orientierung, wie man in Kahr-  
Bayern Minister wird, sei festgestellt, daß Frank jahrelang der  
erbitterteste Kämpfer gegen die Sozialdemokratie  
innerhalb der bayerischen Verkehrsbeamtenenschaft war und im Pro-  
zess Luer im Februar 1912 als Nebenkläger eine ganz dunkle Rolle  
gespielt hat. Es hat sich damals herausgestellt, daß die von Frank  
entscheidend beeinflusste Münchener Eisenbahndirektion die wohl-  
wollende Sozialpolitik des Verkehrsministers stets durchkreuzt hat.  
Ein neues würdiges Gegenstück zu Poehner tritt mit Frank die  
politische Bühne Bayerns!

Nachdem eine Reihe von bayerischen Zeitungen einem vom  
Verfassungsausschusse des Reichswirtschaftsrats ausgearbeiteten Plan  
zur wirtschaftlichen Gliederung des Reichs die gänzlich  
falsche Tendenz eines politischen Teilungsplans unterge-  
legt hatte, nimmt auch die „Kreuzzeitung“ in ihrer Morgenausgabe  
vom 7. September diesen Vorwurf auf und spricht von einem Man-  
der „Zersplitterung Bayerns“, der nicht geeignet sei, die Lage zu  
bessern.

Hierzu erfahren die PPR von unterrichteter Seite: Die poli-  
tische Schaltung und Einsicht der „Kreuzzeitung“ kann nicht so niedrig  
eingeschätzt werden, daß sie die wahre Bedeutung des Plans des  
Reichswirtschaftsrats nicht erkannt habe. Man muß also in der  
Äußerung des Blattes eine bewußte Irenführung und Aufhebung  
der öffentlichen Meinung Bayerns gegen das Reich erblicken.

**Ein neues Verbot.**  
Königsberg, 7. September. (WZB.) Die „Dipreussische Zei-  
tung“ ist heute erneut verboten worden.

## Stegerwalds Auffassung.

Der preussische Ministerpräsident Stegerwald hat das Bedürfnis gefühlt, noch einmal seine Anschauung zur Lage kund zu tun, und zu diesem Zweck die Form eines Zwiegesprächs mit dem Chefredakteur seiner Zeitung „Der Deutsche“ gewählt.

Stegerwald formuliert die Lage dahin, daß die Sozialdemokratie für eine Verstärkung der Linken eintrete, während Zentrum und Demokraten sich „gegen eine Zerreißen der Mitte“ (?) einsetzen. Würde es sich bei den Auseinandersetzungen bloß um mehr Brot für die breiten, nichtbesitzenden Volksschichten handeln, dann stände er, der Ministerpräsident, unbedingt an der Seite der Sozialdemokratie. Aber eben nur hypothetisch. Denn — so fährt Stegerwald gleich fort — der Mensch lebt nicht von Brot allein! Gegenwärtig handele es sich um die Frage, ob jetzt schon in Deutschland die Entscheidung zwischen rechts und links gekommen sei. Stegerwald verneint diese Frage und unterstreicht in diesem Zusammenhang seinen Gegensatz gegenüber dem zu den Deutschnationalen übergetretenen Herrn Spahn jun., womit er wohl dessen Liebeswerben eine — freilich sehr gelinde — Abfage erteilen will. Für Stegerwald ist eine Rechtsmehrheit wie eine Linksmehrheit gleich unerträglich, wobei er nur überfieht, daß er in Preußen mit Hilfe dieser angeblich unerträglichen Rechtsmehrheit regiert. Er will eine „kompakte Mitte“ einschließlich eines starken Arbeiterflügels, was nur eine theoretische Umschreibung des von ihm gemockten Blocks von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie ist. — Einige Beachtung verdient sein Wort über die Steuerfrage:

Die bürgerlichen Kreise, die den Wiederaufbau unseres Landes frei von politischer und Klassenpolitischer Enge wollen, müssen insbesondere bei der bevorstehenden Steuergesetzgebung erkennen, daß die nichtbesitzenden Kreise nicht einseitig den Padeisel für die Gesellschaft abgeben können. Ungehore Teuerung auf der einen Seite und unüberschaubare Massen Verbrauchssteuern auf der anderen Seite sind eine politische Unmöglichkeit.

Leider vergißt Herr Stegerwald, daß es mindestens eine gleichgroße politische Unmöglichkeit ist, die Besteuerung des Besitzes mit dem in der Deutschen Volkspartei organisierten Großkapital durchzuführen.

Den Streit um Monarchie und Republik erklärt Stegerwald für eine „Sonntagsangelegenheit“, da mindestens 80 Proz. des deutschen Volkes wüßten, daß in absehbarer Zeit in Deutschland an eine Monarchie nicht gedacht werden könne. Angesichts der Vorgänge der letzten Zeit erscheint diese Auffassung reichlich naiv. Herr Stegerwald aber braucht sie als Voraussetzung seiner Forderung eines „starken Koalitionsblocks, der willens ist, die gegenwärtige Verfassung mit allen staatlichen Nachtmitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen“. Wir können in einer Partei, die immer wieder ihr Bekenntnis zur Monarchie ablegt, keine taugliche Stütze eines solchen Koalitionsblocks erblicken. Ueber die preussische Regierungsfrage sagt Stegerwald:

Die preussische Regierungsombildung liegt nicht, wie man in verschiedenen Kreisen annimmt, bei mir, sondern bei dem Zentrum und der Deutschen demokratischen Partei. Soweit ich die Dinge übersehe, entspricht das, was einzelne große Zeitungen der beiden Parteien bringen, nicht den wirklichen Anschauungen und dem Kräfteverhältnis in beiden Parteien.

Herr Stegerwald will mit diesem Satz offensichtlich zum Ausdruck bringen, daß das Zentrum und die Demokraten in Preußen von einer Aenderung des Kabinetts Stegerwald nichts wissen wollen. Er muß es wohl wissen. Jedenfalls haben wir bei der ungeklärten Stellung dieser beiden Parteien keine Ursache, ihm zu widersprechen. Aber Herr Stegerwald möge alsdann die Redensarten wie „Kampf gegen die Zerreißen der Mitte“ und „kompakte Mitte einschließlich

eines starken Arbeiterflügels“ beiseite lassen. Denn die Situation ist so, daß der angebliche Mann der Mitte es für durchaus erträglich hält, ohne Arbeiterflügel, aber gestützt auf eine kompakte Rechtsmehrheit zu regieren. Diese Tatsache kennzeichnet Stegerwalds europäische Wendungen eben als bloße Redensarten, wie wir sie oft aus seinem Munde gehört haben, die aber immer nur die harte Wirklichkeit verschleiern sollten, daß das Herz des Herrn Stegerwald auf der rechten Seite schlägt. Aber demgegenüber steht die andere Tatsache, daß die gegenwärtige Politik der Reichsregierung sich doch nicht mit leichtem Lächeln als „Sonntagsarbeit“ abtun läßt und Herrn Stegerwald sowie die preussischen Regierungsparteien kurz über lang zwingen wird, unter Beiseitlassung aller schönen Worte durch Taten Farbe zu bekennen.

## Das unschuldige Großkapital.

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat bestritten, daß die Großfinanz, soweit sie in den Großbanken vertreten ist, an dem Sinken der deutschen Valuta schuld habe und daß sie die Beschaffung der Devisen erschwere. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Aeußerung, die Major Sequin aus Zürich als Vertreter Schweizer Kaufleute bei einem Empfang vor der hamburger Handelskammer getan hat. Dieser führte noch der „Kölnischen Zeitung“ aus:

„Alle Bemühungen aber, die Geldverhältnisse wieder gesund zu machen, müßten ergebnislos bleiben, solange die in der Hochfinanz wirkenden Mächte, die das Heft in Händen hätten, sich abseits hielten. Die Banken wollten offenbar die bisherigen glänzenden Geschäfte aus den Valutaschwankungen noch möglichst lange weitermachen. Die Hochfinanz sollte sich aber ihrer weit wichtigeren Rolle erinnern, zum Besten der Gesamtwirtschaft, des Mittelstandes, der Industrie, und der werktätigen Bevölkerung zu wirken. Sie sollte ihre über die ganze Welt gespannten Verbindungen und ihre Kapitalien wieder in den Dienst der Allgemeinheit stellen.“

Daraus ergibt sich, daß der Reichszankler vollkommen recht hatte, wenn er in vorstichtiger Form auf die Kurstreibererinnung hinwies, an denen die Banken, wie wir feststellen haben, zweifellos mit schuld tragen. Es ist schlimm genug, daß die Wahrheitsliebe ihrer maßgebenden Verbände erst durch ausländische Gäste geweckt werden muß.

## Zusammenstöße in Speyer.

Aus Speyer (Pfalz) verbreitet Wolffs Bureau folgende augenscheinlich aus Rahrs Polizeiquellen stammende Meldung:

Wegen der mit Gewalttätigkeiten verbundenen Demonstration in der vorigen Woche, bei der das Regierungsgebäude demoliert wurde, hat die Polizei neue Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter verlangten die Freigabe der Verhafteten und sind heute vormittag in den Ausmarsch getreten. Um 11 Uhr vormittags wurde das Regierungsgebäude von der Menge gestürmt. Bei dem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Demonstranten fielen Schüsse, ein Arbeiter wurde getötet, mehrere schwer verletzt.

Es „fielen Schüsse!“ Das heißt, im Auftrage der Rahr-Regierung ist auf die Arbeiter geschossen worden, die den Schutz der Republik nicht sabotieren lassen wollten!

Speyer, 7. September. (WZB.) Ueber die heutigen Zusammenstöße werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Im Laufe der Nacht waren vier „Rädelsführer“, die anlässlich der Kundgebung vor acht Tagen den Bildersturm im Regierungsgebäude angeführt hatten, verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis überführt worden. Von der Arbeiterschaft wurde die Herausgabe der Gefangenen verlangt und, auf dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, der Generalstreik verhängt. Dieser Parole wurde zum größten Teil Folge gegeben. Frühmorgens schon sammelte sich eine große Menschenmasse vor dem Amtsgerichtsgefängnis und versuchte die Gefangenen zu befreien, was aber nicht gelang. Hierauf zog die Menge vor das Polizeigebäude in der Absicht, in dasselbe einzudringen. Sie wurde von der Polizei daran

verhindert, die einige Schreckschüsse abgab. Die Menge zog dann weiter vor das Rathaus, um sich hier Eingang zu erzwingen, wobei es zu Zusammenstößen mit der Schutzmannschaft kam, die von der Schusswaffe Gebrauch machte, wobei vier Arbeiter verletzt wurden, von denen einer gestorben sein soll. Drei Schutzleute wurden schwer mißhandelt. Sämtliche öffentlichen Gebäude sind geschlossen. Das Regierungsgebäude ist stark besetzt.

## Kommunistenverhaftungen in Braunschweig

Braunschweig, 7. September. In Verbindung mit den kürzlichen Dynamitanschlägen auf verschiedene Gebäude in Braunschweig sind dieser Tage auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet worden, die in dem dringenden Verdacht stehen, an den Dynamitattentaten beteiligt gewesen zu sein. Unter ihnen befindet sich die Kommunistin Frau Fahrenner, frühere braunschweigische Kultusministerin. Die Verhafteten sind auch verdächtig, an dem nächtlichen Ueberfall auf den Harzort Braunlage und auf das Postamt in Bormühle im November v. J., sowie an dem Raubüberfall auf einen Geldtransport im Dezember 1920 beteiligt gewesen zu sein. Der kürzliche Ueberfall auf den Generaldirektor Reper der Alfeld-Deßlinger Maschinenfabrik, bei dem es auf einen Bohrtank abgesehen war, ist, wie die Nachforschungen ergeben haben, die Tat einer sechsköpfigen Bande, deren Führer ein Bergmann August Ehbrecht aus dem preussischen Ort Weimerhausen, Kreis Alfeld, ist. Ehbrecht ist flüchtig. Die Ehbrechtsche Bande soll es auch gewesen sein, die in Delligen das Auto des Landrats Dr. Loeb aus Hameln anhielt.

(Der „dringende Verdacht“ der Staatsanwaltschaft ist noch kein Beweis für die wirkliche Schuld der Verhafteten, auch wenn diese Kommunisten sind. Man wird die Untersuchung und die öffentliche Gerichtsverhandlung abwarten müssen. Red.)

## Die Lage im Leinetal.

Von der Pressestelle des Oberpräsidiums Hannover wird mitgeteilt:

In der Nr. 409 der „Roten Fahne“ vom 6. September wird unter der Ueberschrift: „Die Ortschaften im Leinetal“, eine Zusammenstellung von Behauptungen gebracht, die den Tatsachen nicht entsprechen. Es wird behauptet, daß im Leinetal, in der Gegend von Alfeld (Provinz Hannover) täglich Ortschaften manöver stattfinden, Einwohnerwehren und Kriegervereine von Offizieren zusammengerufen werden. Ein aus ehemaligen Offizieren bestehender Reiterverein soll eine „Geländebühnung“ abgehalten haben, bei der Gewehre und Maschinengewehre verwendet worden seien.

Richtig ist lediglich, daß anlässlich der Teuerungsdemonstrationen der Arbeiter Zusammenrottungen von Kommunisten im Kreis Alfeld stattgefunden haben und Terrorakte gegen Landwirte verübt wurden, so daß Schutzpolizei eingesetzt werden mußte.

Die „Rote Fahne“ hat in der gleichen Richtung behauptet, der sozialdemokratische Landrat von Alfeld habe erklärt, wenn die Schupo in den Kreis komme, werde er die Gesamtarbeiterschaft zum Generalstreik aufrufen. Auch diese Meldung stimmt nicht. Landrat Beuthhausen hat eine derartige oder ähnliche Aeußerung nicht getan.

Kabinetts Stegerwald und Beamtenlebe. Bei den gestrigen Verhandlungen des Beamtenausschusses lehnten die Regierungsvertreter eine Aeußerung in Gegenwart der Beamtenvertreter ab. Es kam zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in deren weiterem Verlauf die Beamtenvertreter gebeten wurden, den Verhandlungssaal zu verlassen. Die sozialdemokratische Partei hat gegen dieses Geschäftsordnungsgebahren gestimmt und verlangt, daß die Regierungsvertreter im Beisein der Beamtenvertreter in der offiziellen Sitzung sich äußern sollen. Darauf erfolgte die Aussprache zwischen dem Regierungs- und den Beamtenvertretern.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft. Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages führte Abg. Wendel (Soz.) Klage über das unsoziale Verhalten eines großen Teils der ländlichen Arbeitgeber.

## Neue Bücher.

Von Max Hochdorf.

In jenen noch nicht verschwundenen Tagen, da Europas geistiges Dasein von sehr fleißigen Politikern des national beschränkten Mißtrauens arg demütigt wurde, träumten glücklichere Künstler davon, daß die Dichter und Maler der europäischen Erde und der übrigen vier Erdteile wie Pioniere der edleren Seelensammlung herumgeführt werden sollten. Man müßte Gelder sichern, um Dichter, Maler und Tonkünstler auf Kosten der kulturbedürftigen Menschheit reisen zu lassen. Die Hallen der Hotels sollten Vortragsäle werden, die Wände dort müßten mit Bildern der Lebenden und Ringenden geschmückt sein. Und alles hätte unter dem Zeichen des Austausches zu geschehen, derart, daß man sich mit diesen ausgewählten und begabten Menschen berühre und anfreunde. Rein, dieser Künstlertraum wurde keine Wirklichkeit. Aber schon ist die Reugier der Künstler auf ihre Kameraden in allen europäischen Ländern außerordentlich gewachsen. Engländer, Franzosen und Italiener greifen jetzt begierig zu deutschen Werken.

Leider wird auch diese Auswahl nicht ganz mit lauterer Absicht vorgenommen. Wenn die Franzosen z. B. Bernhard Kellermanns Roman „Der neunte November“ drucken (E. Fischer, Berlin), tun sie es aus zweideutigen Gründen. Kellermann sollte ein Richter jener Zeit sein, die zum 9. November 1918 geführt hat. Dieser Verleurer des Wortes verlagte aber vor der Nacht der Ereignisse. Er schilderte, trotzdem er überall einen Anlauf auf die hieren Erscheinungen machte, Deutschlands Kriegskrankheit nicht wie ein ungeheuer besserer Prophet des Unglücks. Er übte nur die Kritik des beengten Kleinbürgers. Gewiß, die Kritik werde ihm nicht vorgeworfen. Ihm sei nur die Mäßigkeit der Besinnung nachgesagt. Wir ertragen die von reaktionärer Besinnung getragenen Werte Dostojewskys, weil der Ruf der ungeheuersten Mäßigkeit zeigt. Wir empfinden aber die Lausheit Kellermanns als geringe Erquickung. Dieses laue Buch eignet sich nun die Franzosen an. Kellermann urteilt als Moralist. Vielleicht werden alle Besiegten und darum auch Kellermann als Anwalt der Besiegten zu stillos erregten Grübeln. Vielleicht werden alle Siegreichen und darum auch der französische Schriftsteller Paul Rebouz zu loslich eifrigen Grübeln. Paul Rebouz Roman „Der einzige Weg“ (deutsch im Verlag Grethlein) wurde hier schon in seinen politischen Schlussfolgerungen erwähnt. Den künstlerisch aufblühenden Beobachter beschäftigt dieses Buch zunächst wegen seiner vollkommenen Kunstlosigkeit. Es besitzt geringe dichterische Werte, es ist fahrig und zerstückelt im Aufbau. Es fällt in die Gattung der Familienromane, soweit es sich um die seelischen Dinge handelt. Aber der Kriegsfreiwillige Rebouz fesselt, wo die Phantasie und einstmündige Dichterkraft versagen. Dieser vornehme, bei den reinsten Besinnungsfreunden Frankreichs Anlehnung suchende Kopf empfiehlt die aus der Vernunft gebotene Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Der Roman ist ein aufrichtiger Pazifistenroman.

Der Verfasser ist ein Verteidiger des deutschen Volkes. Sozialkritiker Sternheim hat seine letzten Romane geschrieben, um nicht das deutsche Volk in seiner Hilflosigkeit zu rechtferdigen. Unden die wenigen Edelsteine des Geistes, die er im Gegensatz zu der un-

empfindlichen Masse für die Träger des freiesten Menschentums hält. Er sieht die Menschen aber oberflächlich, weil er sie immer als Kostbehalter betrachtet. Er ist ein Literat für Literaten. Er spielt mit den Dingen und den Menschen. Er liebt sie nicht. In seinem Roman „Europa“ (Verlag Kurt Wolff) wird nicht das Schicksal der Welt abgehandelt, sondern das Leben einer jungen Millionärin, die nach einigen Liebesabenteuern einem Aufstade der revolutionären Menge zum Opfer fällt. In dem Gehirn dieser jungen Dame spiegeln sich Kriegsnöte und politische Kämpfe so oberflächlich, wie es eben bei einem Wesen geschieht, das in Palästen wohnt, die Schlafwagen der Luxuszüge zum Philosophieren und die Tafeln der eleganten Hotels zum Sammeln von Menschenkenntnissen benutz.

Man zögert, verallgemeinernd die ethische Reizung des deutschen Kriegs- und Revolutionschronisten und die advokatorische Hellsichtigkeit des Franzosen Rebouz als besondere und nationale Eigentümlichkeiten der Schriftsteller zu werten. Trotzdem scheint es kein Zufall, daß bei einem russischen Revolutionschronisten, bei Victor Panin, der Hong waltet, die Reizung zur religiösen Frömmigkeit und mystischen Sensibilität ganz zu erfüllen. So müssen doch irgendwelche Triebe, die als nationale Triebe anzusehen sind, die Art bestimmen, in der sich der einzelne Schriftsteller zu seiner Welt stellt. Panins Roman „Die schwere Stunde“ (Paul Cassirer, Berlin) nimmt das Unbewußte und Stäubige des russischen Revolutionärs sehr ernst, mag es nun zum Guten oder zum Bösen ausschlagen. Daher ist sein Romanentwurf so rührend und entwirrend. Man denke sich die Geschichte des genialen Mannes, der sich ganz still in den Vorfällen seiner Familie und seines Volkes ergibt. Seine Freunde werden zu jenen abgestumpften Halbtieren, die das Reich des Sowjets bewohnen. Der Sohn stirbt dem Chronisten, Freundin, Mutter, Tochter, die Arbeit, alles entnimmt ihm. Sein Schrei ist trotzdem kaum eine Verzweiflung. Nur das Gewimmere laßt, wenn es weit kommt. Es entgleitet jede Hoffnung. Panin warnt, indem er auf den Ruin seines Landes zeigt.

Von solcher Strenge des Urteils rückt der Holländer C. M. de Jong beflissen ab, wenn er in seinem „Untergang“ Zerfall und Aufschwung eines Menschen schildert, der sich als ein sozial Experimentierender in die Tiefe des niedrigsten Proletariats begibt. (Verlag Bormwärts.) Dieser Holländer will alles durchkosten, was an wirtschaftlichem Unglück und an sittlicher Sklaverei über den Schicksalsbruder zu kommen vermag. Er sucht mit einigem Eifer die schmutzige Alltäglichkeit Londoner Spielunten und Osterhöhlen auf. Er wird, obwohl er ein „Gebildeter“ ist, zum verstoßenen Arbeitlosen, die ekelhafteste Prostitution berührt ihn. Nichts zerschlägt ihn, ihn hebt alles in seinem läublich wachsenden Erbarmen mit jenen, die mühselig und beladen sind. Sein Buch ist männlich, trotzdem es ungeheuer überladen ist mit Schwermut.

Der Holländer schreibt schon nicht mehr mit der Freiheit des Dichters. Sein Buch hat mehr dokumentarischen als künstlerischen Wert. Die Scharfsichtigkeit und das Gefühl üben sich an dem Schicksal des Proletariats. Die Hellsichtigkeit und die belebende Herzenerfreue entfallen sich bei Emil Ludwig, wenn er von der kostbaren Persönlichkeit Goethes spricht. Ludwig hat mit seinen Herzen und mit der Erfahrung eines Mannes, der sich viel in der Welt umhau, die Seelenbiographien Richard Wagners und Bismarcks geschrieben. Er leidet gewiß an einer Ueberschätzung pompöser und feierlicher

Menschen, er hat es aber gelernt, Zusammenhänge des Kulturellen zu erkennen, die dem gewöhnlichen Historiker fremd bleiben. So wurde seine Goethe-Biographie, die bei Cotta erschien, wirklich zu dem, was der Verfasser beabsichtigte: zu der „Geschichte eines Menschen“. Die Philologie, die nur eine Sonderkaste von Lesern fesselt, schädigt die meisten Goethebücher. Ludwigs dreibändiges, vornehm stilisiertes Werk ist erfreulich frei von solcher Ueberfracht und es vermittelt trotzdem das Wesen der Universalität Goethes mit großer Eindringlichkeit. Wir brauchen aber diese intime Kenntnis Goethes immer wieder. Denn selbst dort, wo unsere Schmerzlichkeit erweiterte Weltanschauung von heute sich widersetzt, müssen wir uns gehorchen der erzieherischen Lehre fügen, die das halbgöttliche Dasein dieses Mannes der Welt gebracht hat.

150mal: „Der Vetter aus Dingsda.“ Die Operetten erzielen keine Dauererfolge mehr — stellen die Bühnenstatistiker fest. Sicherlich gibt es kurzlebige genug, bei manchen möchte man eine Lotgeburt wünschen. Aber melodiose, belebende und einschmeichelnde Werke wie Künnetes „Vetter aus Dingsda“ machen ihren Weg: im Theater am Rollendorsplatz wurde am Dienstag die 150. Aufführung gefeiert. Das graziose Spiel, in dem es klingt und singt, volkstümlich weich und operettenmäßig frisch, in dem Anmutiges und Reizes in der Betonung glücklich gemischt sind, gefiel dank der fein abgestimmten Aufführung außerordentlich. Einige Rollen sind neu besetzt. Als Irgischer Tenor führte sich Helmut Neugebauer sehr glücklich ein: sein Josef Rühbrot war gelanglich und darstellerisch eine Prachtleistung. In der kurzen Partie des Bataviers zeigte Kurt Vilién (vom Carl-Schulke-Theater) komische Begabung. Die Julia sang Charlotte Börner. Die Stimme hat gute Qualität, ihr Spiel ist vornehm, kann aber noch freier werden. Inse Weng und Wizzi Schüh brillierten in ihren alten Rollen. d.

Eine amtliche Untersuchung über die Berliner Museumsneubauten hat Ludwig Hoffmann wegen der Beschuldigungen, die gegen die Leitung der Neubauten auf der Berliner Museumsinsel erhoben worden sind, beantragt. Carl Scheller hatte vor kurzem schwere Vorwürfe gegen die Art erhoben, wie der Berliner Stadtbaurat die Pläne seines Freundes Wessel zur Ausföhrung bringt; Vorwürfe, die sich sowohl gegen die künstlerische und technische Seite der Bauarbeiten wie insbesondere gegen die „großmannstüchtige“ Beschämung richteten.

Briefe für niederdeutsche Romane, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg ausgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurel für seine Romane „Stratenmull“, (3000 M.), Hermann Bohdorff für seine Volksromane „Der rote Lemmerrod“, (3000 M.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Feyn für „Der Fischer an sin Fru“.

Ein Institut für praktische Psychologie soll in Dortmund errichtet werden. Es soll sich in eine Abteilung für Schulpsychologie und eine solche für Wirtschaftspsychologie gliedern.

Dante-Gedenkmarken. Aus Anlaß des Dante-Tages wird Italien eine kleine Reihe von Gedenkmarken veröffentlichen.

Sie lebt noch — die Gartenlaube „Zukunft“. Tom I. N. 1. ab erscheint sie im Verlage von Erich Reich.

Groß-Berlin Ein stiller Winkel.

Wenn man mit der „47“ oder „57“ nach Niederschönhausen fährt und in der Kaiser-Wilhelm-Straße an der Haltestelle hinter der Kirche aussteigt, bemerkt man zunächst einige Gartenhäuser.

Eine Gartentür trägt die Hausnummer 16. Durch sie hindurch gelangen wir sofort in den Park, der eigenartig, geheimnisvoll, fast verwunschen anmutet. Links von der Gartentür rankt edler Wein am Giebel eines ehemaligen Herrenhauses empor und umschließt ein Fenster, aus dem rote Fuchsiensblüten lugen.

Niedrige, grün gestrichene Bänke sind für den Ruhebedürftigen da, auch in zierlichen Lauben darf man sich niederlassen. Niedliche Serpentinaun führen auf einen Hügel, und nach dem Uebersteigen einer kleinen Holzbrücke erreicht man eine von diesen Lauben, die mit Stroh gedeckt ist und aussieht, wie die Nachbildung eines vorgeschichtlichen Hauses.

Eine ganze Reihe von freundlichen Begen ist durch Gitter, einige sogar durch Stacheldrahtverhau abgesperrt. Was mag dahinter alles verborgen sein? Auf diese geheimnisvolle Frage ist der ganze Park eingestellt, man glaubt in eine romantische Welt versetzt zu sein.

Der Polizeipräsident an die Beamtenschaft.

Der Polizeipräsident von Berlin hat folgenden Erlaß an die ihm unterstellte Beamtenschaft gerichtet: „Die zum Schutz der Republik von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen stellen bei ihrer Durchführung die Beamtenschaft des Polizeipräsidentiums vor Aufgaben, deren Lösung in erster Reihe von der Besonnenheit und dem Takt der Beamten abhängt.“

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Er sagt aus, daß Sie es besitzen,“ erklärte der Untersuchungsrichter.

„Ja, ich habe es besessen.“ „Sie ha — —?“ „Ich habe es vernichtet,“ erklärte Behrens. „Erlauben Sie: wieso?“ „Es besaßte mir so,“ erklärte Behrens takt. „Und Sie behaupten, daß die Unterschrift der Frau von Marisch echt war?“

„Sie war es in einem gewissen Sinn. Wie aus der von mir beigebrachten, amtlich beglaubigten Erklärung der Frau von Marisch hervorgeht, durfte Reischer glauben, daß er in einem dringenden Fall das Recht hatte, die Unterschrift für Frau von Marisch zu leisten.“

Der Untersuchungsrichter spielte nachdenklich mit einem Bleistift. „Reischer behauptet, daß Sie der Geschädigte seien,“ sagte er nach einer Weile. „Ich möchte Sie fragen, woher es kommt, daß Sie sich seiner so lebhaft annehmen?“

„Nun: doch annehmen...“ „Warum?“ Behrens hielt den Beamten eine Weile mit seinem Blick fest, drang in sein Innerstes ein, ließ sich dort nieder und war nicht mehr daraus zu vertreiben.

Der Untersuchungsrichter schwieg. Er stützte den Kopf mit beiden Händen und dachte nach. Es war klar, daß er Behrens durchschaute. „Aber nicht minder klar war, daß der Fall nicht so schwer lag, wie es ansah den Anschein gemacht hatte.“

Lucie geriet an ihrem Taschentuch. Jeder Nero glühte in

betätigen, daß Zweifel in seine Verfassungstreue nicht entstehen können. Insbesondere die Schutzpolizei, die ihre Waffen trägt zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zum Schutze der Republik und ihrer Verfassung, muß sich bei allen ihren Maßnahmen ihrer hohen Vertrauensstellung bewußt sein.“

Große öffentliche Wählerversammlungen

Heute, Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr:

11. Kreis (Schöneberg): Umland-Schule, Kolonnenstr. 22—24. (Friedenau): Bürgersaal des Friedenauer Rathauses, Lauterplatz.

16. Kreis (Friedrichshag.): Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 137. Referenten: Franz Czerninski, Johannes Haf, Kasper.

Warnung vor Versammlungsprengungen.

Das Berliner Polizeipräsidentium läßt folgende Warnung durch das offiziöse Depeschsbureau verbreiten:

In verschiedenen Fällen sind politisch harmlose Vereinsveranstaltungen und öffentliche Versammlungen planmäßig unter Anwendung von Gewalt gestört und gesprengt worden. Der Polizeipräsident von Berlin ist nicht geneigt, eine derartige Verklammerung der versammlungsmäßig gewähleitetsten Vereinsfreiheit zu dulden. Er hat seine Organe angewiesen, in allen solchen Fällen nachdrücklich gegen die Ruhestörer einzuschreiten.

Virginia Moll vor Gericht.

Schluß der Beweisaufnahme.

Rechtsanwalt Dr. Jaffe nahm Bezug auf eine aus der Presseabteilung der Reichsregierung herausgegangene Mitteilung an die Presse, in der es heißt:

„In dem wegen Schleichhandels gegen die Frau Moll vor der Strafkammer in Moabit verhandelten Prozeß wurde die Behauptung der Angeklagten über ihre angeblichen Beziehungen zu dem Reichspräsidenten widerlegt. Der als Zeuge vernommene Legationsrat Walther sagte aus, daß von Beziehungen keine Rede sei; die Angeklagte, die sich in dem ausländischen Hilfswerk, insbesondere in der Speisung von deutschen Kindern aus amerikanischen Mitteln, betätigt hatte, ist lediglich auf Vorschlag der deutschen Gesamtorganisation dieses Hilfswerks im Sommer 1920 mit etwa 80 anderen Ausländern und Deutschen, die diese Wohltätigkeitsorganisationen vertreten, zu einem Tee bei dem Reichspräsidenten geladen gewesen, und sie ist nachher bei ähnlichen Anlässen noch insgesamt dreimal dienstlich empfangen worden.“

Zu dieser Mitteilung behauptete der Verteidiger, daß alles, was seitens der Angeklagten und der Verteidigung hierüber vorgebracht worden, in vollem Umfange in der Hauptverhandlung erwiesen worden sei. Legationsrat Walther habe unter seinem Eide bezeugt, 1. daß Frau Moll einmal im Hause des Reichspräsidenten Ebert zum Tee geladen wurde bzw. den Tee dort genommen hat; 2. daß die dienstlichen Beziehungen der Frau Moll zum Bureau des Reichspräsidenten so weit gingen, daß Frau Moll mit dienstlichen Anliegen sich ohne weiteres an ihn als den Vizepräsidenten wenden konnte. Etwas darüber hinausgehendes sei nicht behauptet worden.

Staatsanwalt Dr. Ziegel widersprach dem Verteidiger. Aus der Befragung des Herrn Legationsrats Walther gehe klar hervor, daß Frau Moll nur deshalb zu dem Tee des Reichspräsidenten hinzugezogen worden ist, da sie auf Grund ihrer Beziehungen zu den Quäkern und amerikanischen Persönlichkeiten auf die Liste gesetzt

worden war. — Der Vorsitzende hat, weitere Erörterungen über diesen Punkt zu unterlassen. Es sei nicht Aufgabe des Gerichts, festzustellen, was der Legationsrat Walther gesagt hat. So viel gehe aus der Aussage hervor, daß Frau Moll den Zutritt zum Reichspräsidenten erhalten hat, weil man sie als Mitglied der Quäkerkommission gehalten hat. Es ist ja, meinte der Vorsitzende, eine ganze Reihe von Behörden der Frau Moll gutgläubig entgegengekommen.

Nach kurzer Vernehmung des Untersuchungsrichters über einen strittigen Punkt machte der ehemalige Vorsitzende des Betriebsrats der Reichsstelle zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr längere Ausführungen über die Tätigkeit der Frau Moll bei Einrichtung der Küche für die Angestellten. Frau Moll hat dem Zeugen gegenüber davon gesprochen, daß ihr nach deutschem Gelde ein Betrag von etwa 77 Millionen Mark zur Verfügung stände. Nach der Befragung des Zeugen war Frau Moll oft bei dem Reichsbeauftragten v. Stänge und dessen Stellvertreter. Der Angestelltenauschuß hatte keinerlei Machtbefugnisse bei Erteilung von Einfuhrbewilligungen, auch der Küchenbetrieb ging den Auschuß in finanzieller Beziehung nichts an.

Ueber die Vermögensverhältnisse

macht der zum Testamentvollstrecker des verstorbenen Chemannes Moll und zum Vermögensverwalter bestellte Rechnungsrat Regeler einige Mitteilungen. Danach hat der am 15. Oktober 1920 verstorbene Börsenmakler Moll minderschwere Wertpapiere im Nominalwerte von 300 000 Mk. hinterlassen. Dazu tritt noch der Nachlaß eines verstorbenen Onkels im Werte von 42 600 Mk., so daß ein Zinsgenuß von ca. 13 000—14 000 Mk. herauskommt. Hingzu kommt ferner ein schuldenfreies Grundstück in Hubertushöhe, das außerordentlich reizend gelegen ist und einen realen Wert von 200 000 Mk. und einen Liebhaberwert von vielleicht 400 000 Mk. darstellt.

Ueber die Mobilitäten, unter welchen Einfuhrbewilligungen erteilt wurden und wer nun eigentlich für diese Bewilligungen die maßgebende Instanz war, wurden noch Regierungsrat Rau, Hilfsreferent im Ernährungsministerium und Geh. Regierungsrat Bose vernommen. Nach der Befragung des erstgenannten seien als Liebesgaben diejenigen ausländischen Sendungen zu betrachten, die an inländische Empfänger gehen, ohne daß dafür eine Leistung an das Ausland gewährt wird. Derartige Sendungen sind zollfrei, bedürfen keiner Einfuhrbewilligung und gehen unter Umständen frachtfrei. Rechtsanwält Dr. Arthur Ball stellte durch Befragen des Geh. Rat. Bose fest, daß auch dieser dasselbe getan habe, was dem Angeklagten Roumer zum Bormurz gemacht wurde, daß er sich bemüht habe, den nicht von den Quäkern abgenommenen Rest der Kondensmilch an Behörden abzugeben.

Schließlich wurde Fräulein Dr. phil. Wegener, die sich selbst gemeldet hatte, als Zeugin vernommen. Sie gab der Angeklagten Moll mit Bezug auf ihre charitative Tätigkeit das denkbar günstigste Zeugnis. Sie habe sich in den Studentenfächern durch tägliche Hilfe in der Bedienung aufs beste bewährt, sich die Dankbarkeit der Studenten erworben, die allgemein empfinden über die Art, wie man die wirklich humanitären Bestrebungen der Frau Moll herbeiführt und habe Anspruch auf weitestgehende Anerkennung. Diesen Studenten habe sie durch ihre Konnexionen ausgeholfen. Die Beweisaufnahme wurde hierauf vorläufig geschlossen und die Sitzung auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt.

Die drei Opfer des Lustmörders.

Zur Aufklärung der Lustmorde des Händlers Grohmann nahm die Kriminalpolizei gestern noch einmal eine gründliche Durchsuchung der verregelten Wohnung des verhafteten Verbrechens vor. Veranlassung dazu gab besonders, daß Zeugen und Zeuginnen auf Sachen aufmerksam gemacht hatten, die Grohmann belasten mußten. Verschiedene Sachen dieser Art wurden in der Tat in seiner Wohnung noch gefunden, außerdem aber auch noch etwas Fleisch, das dem Chemiker der Polizeipräsidentiums zur Untersuchung übergeben wurde. Grohmann bleibt allen diesen Funden gegenüber harmlos bei seinem Beugnen.

Wie wir früher schon mitteilten, befundeten mehrere Zeugen, daß Grohmann an bestimmten Stellen Pakete in den Luisenstädtischen Kanal und das Engelbad geworfen habe. Es ist möglich, daß er Leichenstücke eingepackt und beschwert hat, um sie zu verbergen, und daß deshalb das Abfließen des Wassers erfolglos geblieben ist. Beim Einwickeln der zerstückelten Leichen mag er auch Kleidungsstücke oder Teile von ihnen benutzt haben. So ist in seinem Zimmer die Hälfte eines Unterrocks gefunden worden, dessen andere Hälfte

ihr. Welche Stunde! Und plötzlich schraf sie auf, denn der Untersuchungsrichter hatte auf den Knopf einer elektrischen Glocke gedrückt. Das Signal durchschnitt schrill das Zimmer nebenan.

„Führen Sie den Untersuchungsgefangenen Reischer vor,“ sagte der Beamte zu dem eintretenden Diener.

Lucie klopfte das Herz. Sie sah zu Behrens hinüber, als suche sie bei diesem Hilfe. Doch Behrens bemerkte sie nicht. Er hatte den Kopf gesenkt und schien in Nachdenken versunken.

Wenige Minuten verstrichen. Lucie seufzte und betupfte immer wieder ihre Stirn. Der Untersuchungsrichter musterte sie verstohlen. Sie empfand sein Interesse wie ein indiscretos Befasten.

Endlich ging die Tür auf. Von einem Beamten geleitet, erschien Reischer. Er sah verfallen aus, seine Lippen waren schmal und blaß, seine Augen hatten keinen Glanz. Lucie schien es, als seien seine Haare, seitdem sie ihn nicht mehr gesehen hatte, weiß geworden.

Sie stand auf und ging ihm zögernd entgegen: „Hermann.“

Erst jetzt bemerkte er sie. Er erschraf. Und als sie ihn umfaßte und den Kopf an seine Brust drückte, spürte er ein Wanken in seinen Knien und mußte, um nicht zu fallen, nach der Lehne eines Stuhles greifen.

„Herr Reischer, bitte, sehen Sie sich,“ sagte der Untersuchungsrichter freundlich. „Ich möchte Sie in Ihrer Sache befragen.“

Reischer gehorchte mechanisch. Er sah zu Boden. Noch immer spürte er die bebende Schwäche in den Knien.

„Herr Reischer, hören Sie mich an,“ wandte sich der Untersuchungsrichter an ihn. „Bleiben Sie dabei, jene Bürgschaftserklärung mit dem Namen der Frau von Marisch unterschrieben zu haben?“

Reischer starrte ausdruckslos vor sich hin. Er hatte Mühe, den Sinn der Frage zu erfassen. Wie kam man überhaupt dazu, ihn nochmals zu fragen? Seine Augen wanderten durch den Raum, als suchten sie die Lösung dieses Rätsels. Und plötzlich trafen sie mit denen des Behrens zusammen.

Die beiden sahen sich eine Weile stumm an. Es waren kaum drei Sekunden und es schien doch eine Ewigkeit. Reischer mußte mit einem Male Bescheid. Ein heftiges Zittern befiel ihn, und sein Kopf fiel nach vorn.

Der Untersuchungsrichter wiederholte seine Frage in scharfem Ton.

Reischer nickte matt. „Ja,“ sagte er mechanisch. Lucie bekam einen Weinkrampf.

„Ich bitte um Ruhe,“ verwies sie der Untersuchungsrichter. Und sich an Reischer wendend, fuhr er fort: „Gut, Sie geben das zu... Jetzt möchte ich Sie noch fragen: glaubten Sie irgendein Recht zu haben, das zu tun?“

Reischer horchte auf. Ein Recht? Warum fragte man Reischer horchte auf. Ein Recht? Warum fragte man ihn ihn das? Und ganz jäh stieg ein blutroter Zorn in ihm hoch. Derselbe, der ihn geschüttelt hatte, als die Frau, die sich jahrelang an ihn gehängt hatte, plötzlich zur Verräterin an ihm geworden war.

Er wollte sprechen, doch die Stimme versagte ihm. Er machte eine erbitterte Geste. „Ja“ stieß er hervor.

„Welches Recht glaubten Sie zu haben?“ fragte der Untersuchungsrichter ruhig.

Reischer suchte die wild mit den Armen. „Manche Rechte,“ sagte er heiser, „ja, manche Rechte...“ Aber mit einem Mal fiel ihm ein, daß seine Frau zugegen war, und er wurde tiefrot und verschluckte den Rest seiner Worte.

„Und würden Sie jenes Dokument nicht unterschrieben haben, wenn Sie diese vermeintlichen Rechte nicht besessen hätten?“

Reischer wurde wieder von dem dunklen Zorn gepackt. „Nein,“ rief er heftig aus, „nein!“

Ein kleineres Schweigen hing über dem Zimmer. Behrens hatte sich nicht mehr gerührt. Lucie sah mit geschlossenen Augen halb abwesend auf ihrem Stuhl.

Der Untersuchungsrichter stand plötzlich auf. Er schellte nach dem Schriftführer. „Gut, wir wollen protokollieren.“

Er diktierte die Aussagen des Behrens und den Inhalt der Erklärung der Frau von Marisch, die den Akten einverleibt wurde. Reischer hörte zu und alles erschien ihm wie ein Traum.

„Ich bitte zu unterschreiben,“ wandte sich der Untersuchungsrichter an Behrens.

Das zweite Protokoll enthielt die Aussagen Reisers, der gleichfalls unterschrieb.

(Fortf. folgt.)

# Wirtschaft

## Sind Goldwerte steuerlich erfassbar?

Gegenüber der Forderung nach Erfassung der Goldwerte wird oft geltend gemacht, daß der Gedanke einer Beteiligung des Reiches an der Industrie und Landwirtschaft sich schwer oder überhaupt nicht durchführen lasse. Dieser Einwand zeugt von einer solchen Unkenntnis der Entwicklungsrichtungen in der Wirtschaft der letzten Jahre, daß man sich darüber wundern muß, wie er überhaupt auf-tauchen konnte. Man braucht nämlich nur einen Blick auf die privatisierten wirtschaftlichen Zusammenschlüsse und auf die neueren Praktiken im Hypothekewesen zu tun, um zu sehen, daß das, was zur Erfassung der Goldwerte erforderlich ist, von Privaten längst getan wird.

Es kommen zwei Möglichkeiten in Betracht: die Beteiligung an Industrie und Handel durch Aktien oder Anteilsscheine und diejenige am Grundbesitz in Form einer Goldhypothek.

Werden Unternehmungen nach amerikanischer Art zu einem Trust zusammengeschlossen, so übernimmt die Holding (Beteiligungs-)Gesellschaft die Aktien und Anteile der einzelnen Unternehmungen und gibt an ihrer Stelle neue, auf den Trust lautende Papiere aus. Ein ganz selbstverständlicher Vorgang, der auch bei Zusammenschlüssen in der deutschen Industrie in ähnlicher Form aufgetaucht ist. Der Trust übernimmt dann die ökonomische und finanzielle Leitung, die Gewinnverteilung usw. Ein Gemeinschaftsunternehmen höherer Ordnung tritt so an die Stelle der früher neben- und gegeneinander arbeitenden Einzelunternehmungen, eine Art Oberdirektion mit entscheidender wirtschaftlicher Gewalt — und es geht.

Für das Reich kommt eine solche trustartige Zusammenfassung der Industrie infolge der Verschiedenartigkeit der einzelnen Unternehmungen natürlich nicht in Frage. Nach den bisherigen Vorschlägen ist aber auch nicht geplant, durch die Anteile entscheidenden wirtschaftlichen Einfluß auf die Industrie auszuüben. Lediglich ein Teil, vielleicht ein Viertel bis ein Fünftel des Unternehmungskapitals soll vom Reich in Anspruch genommen werden, und auch das nicht mit der Absicht, in sämtliche Generalversammlungen einen repräsentativen Bedenkenmacher hinzuschicken. Die große Mehrheit der Aktien und Anteile, damit die wirtschaftliche Verantwortung bleibt bei den Privatwirtschaftlern. Ein Stimmrecht würde das Reich überhaupt nur da ausüben haben, wo das Industrie- und Handelskapital weiter durch eine Aufstapelung stiller Rücklagen oder durch andere Maßnahmen über die tatsächliche Rentabilität des Unternehmens hinwegtäuschen sucht. Da damit gerechnet werden muß, daß das doch geschieht, wäre nicht ohne weiteres den Privatunternehmungen ein Rückkaufsrecht auf die Aktien zuzugestehen. Sonst würde jedes Unternehmen die Reichsanteile gerade in dem Augenblick zurückzukaufen bestrebt sein, wo durch Bilanzverschlechterungen oder durch einen vorübergehenden Konjunkturrückgang oder andere Umstände die Aktienkurse zufälligerweise niedrig gehalten werden. Eine Sperrfrist für die Wahrnehmung des Rückkaufsrechts für mehrere Jahre würde schon genügen, um diese Möglichkeit zu unterbinden. Im übrigen aber wäre das Reich als Anteilseigner der Industrie nichts weiter als ein Zinsnehmer, wie jeder andere Aktionär auch, und es ist doch recht unwahrscheinlich, daß es seinen geringen Einfluß auf das Gesamtunternehmen dazu ausnützen wird, die Produktion zu hemmen, an deren Förderung es noch viel mehr interessiert ist als jeder Spekulant.

Das Reich brauchte also nur die Funktionen eines Vermalters von Aktien auszuüben, was man z. B. jedem Testamentsvollstrecker ohne weiteres gutraut, und es hätte darin viel weniger Rechte und Pflichten, als etwa Stinnes durch den Rhein-Elbe-Konzern auf die Bochumer Gußstahlaktien oder auf die österreichische Alpine Montangesellschaft. Warum sollte das, was unter Privaten bei bedeutend erschwerten Bedingungen ohne weiteres geht, nicht möglich sein?

Die Goldhypothek auf landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitz wird als etwas ganz Ungeheuerliches hingestellt. Auch hier vergißt man, daß die Goldhypothek keine Sache ist, die sich irgendein Sozialist aus den Fingern gezogen hat, sondern daß sie im städtischen Grundbesitz gebildet durch ein internationales Abkommen und den Gesetzgeber, noch aus der Vorkriegszeit her existiert. Es handelt sich um die auf Goldmark lautenden Hypotheken, die insbesondere von Schweizer Geldgebern besorgt worden sind und bei deren Erledigung sich infolge des Valutastandes Schwierigkeiten ergeben hatten. Tatsache ist also, daß der Grundbesitz praktisch angewandt wird, wo Hypotheken im Ausland aufgenommen wurden. Tatsache ist aber auch, daß diese Art der Goldhypothek zweifellos schwieriger zu verwerten ist als die gewöhnliche, in Goldmark eingetragene Hypothek. Wurde doch mit den Schweizer Ökonomieern ein Abkommen notwendig, wonach die Zinsen nicht in allen Fällen gleichmäßig in Goldmark bezahlt werden, sondern die Zinsfälle sich ermäßigen, wenn die Valuta unter einen bestimmten Satz sinkt. Das gibt dann natürlich zu Auseinandersetzungen zwischen Gläubigern und Schuldern Anlaß. Das aber würde in Wesen kommen, wenn die Goldhypothek auf Grund des heiligen Goldvertrages der Volkswirtschaft aufgenommen wird und der Zins sich automatisch der Geldwertung anpaßt, die z. B. der Landwirt in den Getreidepreisen zum Leidwesen der Verbraucher sehr angenehm empfindet, die er aber auch an ihnen messen kann. Es brauchten dann nur, ähnlich wie nach dem Gefährdungsfestsetzungsgesetz in der Landwirtschaft ein steigender Getreidepreis errechnet würde, die tatsächlich zu zahlenden Zinsen nach Valutastichtagen zu bestimmten Umrechnungskursen festgestellt werden. Die Verwaltung der Goldhypotheken erfordert schon deshalb keinen besonderen Aufwand, weil sie nötigenfalls den in der Hypothekverwaltung gebildeten Hypothekendanken übertragen werden könnte und mit dem Reich lediglich eine Verrechnung zu erfolgen brauchte, wie sie bei anderen Steuern durchaus üblich ist.

Die angeführten Beispiele zeigen, daß es mit der „Undurchführbarkeit“ der Reichsbeteiligung an Industrie, Handel und Grundbesitz nichts auf sich hat. Was das Privatkapital mühelos bewältigte, kann dem Reich in seiner schwersten Finanznot nicht unmöglich sein, wenn man nur ernsthaft an die Lösung der Aufgabe herantritt.

Hände weg! Der Dollar ist weiter auf 94 gestiegen. Die Börse taumelt von einer Kurssteigerung zur anderen. Die Banken werden mit den Aufträgen trotz Ueberstunden und Börsenrubelagen nicht mehr fertig. Immer lauter wird die Ansicht vertreten, daß auch Profetarier sich an der Jagd um das goldene Kalb beteiligen. Wir glauben nicht, daß profetarische Kreise für die Spekulation in größerem Umfange in Betracht kommen. Leider läßt es sich aber vermuten, daß manche dennoch, um sich ein Nebeneinkommen zu sichern, bei Mittelbankiers u. dgl. spekulieren. Wer das tut, begibt sich in das Lager derer, deren able Profitgier von der sozialistischen Presse seit jeher gegeißelt wurde. Er ist nicht mehr der Bruder dessen, der für die Beseitigung des Mehrwerts kämpft, wenn er selbst darauf spekuliert. Darum, Hände weg! Wer sich nicht warnen lassen will, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er von unfauberen Käufern begannert wird oder bei einem Kurs-schlag der Ruze — der unausbeachtlich ist, wenn sich die Markt-besserung sollte — seine sauer erworbenen Spargroschen verliert.

fehlt. Jetzt läßt die Kriminalpolizei an den von den Zeugen angegebenen Stellen das Wasser durch Taucher abspülen. Die Ermittlungen richteten sich hauptsächlich besonders auf den Verbleib von zwei Frauen und einem Mädchen, die mit Großmann zu tun gehabt haben und seitdem verschwunden sind, und zwar handelt es sich um folgende Personen: Frau Ella Purtsche, geborene Bachmann, die am 13. April 1886 in Köpenick geboren ist und in Berlin einmal in der Weinstraße 7 gewohnt hat, eine Frau Anna Boarz, geborene Kiskolai, die 30 oder 31 Jahre alt ist und das Dienstmädchen Emma Baumann, das am 12. November 1908 in Rixdorf im Kreise Bismarck geboren ist. Frau Purtsche schrieb früher regelmäßig alle 14 Tage an Angehörige und Bekannte, hat aber seit Anfang Juni nichts mehr von sich hören lassen. Frau Boarz ist aus Bromberg nach Berlin gekommen und hat hier schon seit sechs Wochen ihr Gepäck auf dem Schloßischen Bahnhof liegen. Man rechnet damit, daß sie gleich bei ihrer Ankunft dem Großmann in die Hände gefallen und nicht mehr dazu gekommen ist, des Gepäcks abzuholen. Frau Purtsche scheint die Ermordete zu sein, deren Kopf aus den einzelnen im Wasser gefundenen Teilen von den Gerichtsärzten wieder zusammengesetzt ist. Bekannte, die sich den ausgestellten Kopf angesehen haben, wußten ihn bestimmt als den der Frau Purtsche wiederzuerkennen.

### Schwerer Zusammenstoß zweier Elektrischen.

Am Volkensmarkt stießen gestern nachmittags 4 1/2 Uhr infolge Zurückspringens einer Weiche zwei Straßenbahnwagen zusammen. Einer derselben von der Linie 72 kam von Wühlendamm her und fuhr in der Richtung Spandauer Straße. Vor dem Gebäude des Polizeiamts I am Volkensmarkt sprang die bereits gestellte Weiche zurück, so daß der Wagen entgleiste und mit einem anderen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Wagen der Linie 99 mit voller Gewalt zusammenstieß. Dabei wurde die hintere Plattform des letzteren Wagens vollständig zertrümmert. Außerdem gingen sämtliche Fenster Scheiben beider Wagen in Scherben. Von den Insassen wurden mehr oder weniger erheblich durch Glassplitter 8 Personen verletzt und mußten auf den nächsten Rettungsstellen verbunden werden.

### Zwei Spielklubs aufgehoben.

Die Glücksspieler sind unerbittlich. Keine Warnung scheint sie abzuschrecken. Demnach in den letzten Tagen durch die Presse ging, daß das Spielergesetz der Abteilung II der Kriminalpolizei jetzt mit verstärktem Nachsehen gegen das Glücksspiel vorgehe, versammelte sich gestern am hellen Mittag in dem Kaffee Landgraf in der Kurfürstendammstraße 75 ein Rouletteklub. Der Inhaber des Kaffees hatte der Gesellschaft eine kleine Kiste zur Verfügung gestellt, und bald war das Spiel in vollem Betriebe. Gegen 1 Uhr kamen plötzlich Beamte des Spielergesetzes, überraschten die Gesellschaft, beschlagnahmten das wertvolle Spielgerät und verriegelten die Kiste. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, sich zu entfernen, und von dort mit dem blauen Wagen nach dem Polizeipräsidium. Hier blieben sie in Gewahrsam und wurden gestern der zuständigen Stelle der Abteilung II vorgeführt. Vier russische Staatsangehörige, die sich unter den Spielern befanden, wurden der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums überwiesen.

Ferner wurde eine Baccaratgesellschaft gestern abend von den Beamten in einer Seitenstraße des Kurfürstendamms überrascht, daß nicht nur das Spielgerät, sondern auch noch 5400 M. Spielgelder beschlagnahmt werden konnten. Diese Gesellschaft spielte in einer Privatwohnung. Auch die Baccaratspieler wurden mit der „blauen Minna“ nach dem Polizeipräsidium befördert.

### Opfer der Autoraserei.

#### Der Bremer Unfall an einem Tag.

Eine nicht geringe Misklimmung hat sich im Berliner Publikum gegen das immer rücksichtsloser werdende Fahren der Automobile in den belebten Verkehrsstraßen eingestellt. Unfälle, durch Automobile hervorgerufen, bei denen Personen, vielfach Kinder und ältere Leute, Schaden erleiden, ereignen sich täglich. Von dem gestrigen Tage sind aber nicht weniger als vier ernste Unfälle zu melden. Auf dem Alexanderplatz wurde der 69 Jahre alte Rentier Paul Schrödter aus der Prenzlauer Allee von einem Kraftwagen überfahren und trug Hautabwürfungen und Kopfverletzungen davon. Vor dem Hause Königsstraße 14 wurde gestern nachmittags der 23 Jahre alte Reisende Max Blumenthal von einem Auto der Eisenbahnen „Sultan“ in Oranienburger umgestoßen und zog sich Verletzungen am linken Auge zu. Als gestern nachmittags der 17jährige Arbeiter Walter Krahn auf seinem Rade die Mühlenstraße entlang fuhr, wurde er vor dem Hause Nr. 108 durch eine Kraftdroschke angefahren und zu Boden geschleudert, wobei er Verletzungen am linken Oberarm erlitt. Sein Rad wurde vollständig zertrümmert.

Die Automobilbesitzer sowie die Chauffeurs dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn die Abneigung gegen das Auto, das vielfach mit Recht als das Verkehrsmittel der Reichen angesehen wird, von Tag zu Tag wächst und die Empörung sich auch einmal in recht drastischer Weise Luft macht, wie der folgende vierte Fall beweist: Der Kupferfachmannmeister Ernst M. aus Charlottenburg fuhr gestern nachmittags in höchst unachtsamer Weise in seinem Kraftwagen die Zimmerstraße entlang. Nachdem er bereits einen anderen Kraftwagen angefahren hatte, geriet bei der Kreuzung der Markgrafenstraße die 33jährige Frau Klog unter die Räder seines Automobils. Zeugen des Vorfalls hielten den Wagen an, und eine schnell sich anbahnende Menge holte M. aus seinem Wagen heraus und verprügelte ihn derart, daß er aus Mund und Nase blutete. Nachdem der Schutzpolizei, die inzwischen herbeigerufen worden waren, fanden M. in einem Hofe und führten ihn samt seinem Auto nach der Wache des 12. Polizeiregiments. Die verunglückte Frau Klog wurde nach der Rettungsstelle in der Kommandantenstraße geschafft, wo der Arzt Untersuchungen des Unterleibes und der Oberschenkel feststellte.

Wir müssen wohl, daß die „intellektuellen Urheber“ dieser Unfälle vielfach weniger die Chauffeurs als die Gäste sind, die die Fahrer oft durch Trinkgelber zu schnellstem Fahren anspornen. Gerade das veranlaßt uns, an die älteren und verantwortungsbewussten Chauffeurs die Bitte zu richten, auf ihre Kollegen entsprechend einzuwirken. Wenn das nämlich nicht bald geschieht, werden letzten Endes die Chauffeurs den Schaden haben.

**Großfeuer in Lodenwalde.** In der vergangenen Nacht ist die Piano- und Klavierfabrik von Gebr. Riendorf niedergebrannt. Große Mengen Kiefernholz wurden dabei ein Raub der Flammen. Der Schaden beträgt etwa 3 Millionen Mark.

„Ein Schicksalstag für Groß-Berlin.“ Im „Fürstentum“ zu Reichshaus sprach vor einer sehr gut besuchten Versammlung der Genosse Dr. Wendler. Der 16. Oktober, so führte er aus, ist ein Schicksalstag für Groß-Berlin. Klar ist dieses Mal die Parole für uns gegeben. Kampf gegen die Reaktion und Festhalten an der Einheitsgemeinde. Mit den niedrigsten Mitteln versuchen die reaktionären Parteien unsere große fruchtbringende Tätigkeit für das Gemeinwesen zu hintertreiben. Sind es doch gerade diese Parteien gewesen, die durch die wahnwitzige Kriegswirtschaft nicht nur die Gemeinde, sondern auch das ganze Reich dem Ruin entgegengeführt haben. Heute, wo der größte Verderber am Volkstoben, der General Ludendorff, der von der damaligen Regierung einen sofortigen Waffenstillstand verlangte, die Männer, die seinem Verlangen stattgaben, hinterher Verläuter schimpft, sei es unsere Hauptaufgabe, alle Anhänger dieser Kreise aus den verantwortlichen Stellen zu bringen. Sind es doch gerade die wohlhabenden Gemeinden, die noch heute gegen die Einheitsgemeinde Sturm laufen, weil die bestehenden Klassen auch mit allen Mitteln dahin arbeiten, ihren Selbst auf Kosten der Allgemeinheit zu füllen, oder sich stets weigern, zum Wohle der Gesamtheit ihre Kosten beizutragen. Die Reaktionsäre aus den Schulen zu befreien, sei mit unsere Hauptaufgabe, und unsere ganze Kraft einzuwenden zur Durchführung von Paulsens Schulprogramm. Zur Schöpfung einer freien, klugen und ethisch hochstehenden Generation, zum Wohle des Ganzen.

Wohl wissen wir auch, daß das Existenzminimum bei weitem in großen Teilen der Arbeiterschaft im Gemeindebetriebe noch nicht erreicht ist; jedoch dürfte man auch die schlechte finanzielle Lage mit in Betracht ziehen, welche uns so sehr auf allen Wegen hindert, sozialistische Wirtschaft und Politik zu führen. Doch mit Stolz können wir auf unsere Arbeit zurückblicken in der Zuversicht, daß Bestmögliche für die Arbeiterschaft herausgeholt zu haben. Der stürmische Beifall bewies, daß die Worte auf guten Boden gefallen waren. Und selbst einigen prominenten Vertretern der SPD. gelang es nicht, Stimmung für sich zu erzielen.

Eine Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde findet Sonntag, den 11. September, vorm. 10 Uhr, in der Aula der Reinerschule in Köpenick statt. Eintrittspreis 2 M. (Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.) Karten bei Schlog, Rieker Str. 6, im Laden. Festredner ist Dr. Lohmann. Freireligiöse Gemeinde (Ortsgruppe Köpenick).

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Vogel findet am Donnerstag, den 8. September 1921, in der Brauerei Hoppoldt, Hafenside 32, 33, statt. Beginn 8 Uhr.

Die Zigarettenfabrik Wenzell teilt mit und bezug auf die Innungen über die Polizeistundenüberdrehungen mit, daß sie mit dem darin genannten „Wenzell-Klub“ nicht identisch ist und mit ihm keinerlei Verbindung unterhält. Die Firma hat eine Straßenschilderung dieser Vereinigung wegen unrechtmäßiger Belegung der Firmenbezeichnung eingeleitet.

### Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Heute abend, nämlich 6 Uhr, im Scharnhorstklub des Bezirksvorstandes, Lindenstr. 4, 2. Hof, 2 Treppen: Wichtige Sitzung des genannten Bildungsausschusses. Die Mitglieder des Bildungsausschusses Wilhelmstraße sind besonders eingeladen.

Theaterveranstaltungen: Sonntag, den 11. September, im Freien Volkstheater „Die Falschbühnen“ von L. Thoma. Sonntag, den 13. September, im Theater der Freien Volkstheater am Hallesplatz „Das Volkstheater“ von Lagere und „Die Komödie der Trümpfen“ von Schopenhauer. Die Vorstellungen beginnen nachmittags 7 Uhr. Preis der Karten um 2 Uhr. Eintrittspreis einschließlich Theaterviertel und Kleiderablage 4,50 M. Am Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 7 1/2 Uhr, im Deutschen Opernhaus „Hofmanns Erzählungen“. Karten zum Preise von 6 M. bei den Abkäufern der Bezirksbildungsausschüsse und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 4, 2. Hof, 4 Treppen, Zimmer 12. An den gleichen Stellen sind die Programme der Sozialistischen Bildungsschule zu haben. Wir bitten dringend, Karten und Karten für die Festkonzerte einzulösen.

### Berliner Varietés.

Im Wintergartenprogramm hat man zum Beginn der Winter-saison einer Reihe tüchtiger Artisten ein kräftiges Betätigungsfeld zugewiesen. Erstklassig ist der in Berlin schon von anderer Stelle her bekannte Balance-Akt der zwei Orantós, der eine völlig ausgeglichene Leistung auf dem Gebiete der Barriere-Krokoit darstellt. Worthy ist ein sicher und geschmackvoll arbeitender Fußjongleur, dem sich der Refrakt von Sonntag und Vertam ebenfalls tüchtig erweist. In einer original aufgemachten pantomimischen Szene „Delirium“ verblüffen die beiden Orantós, während Fritz Spira in einer Riste eine lebende Frau zerlegen läßt (was ihr dem Ansehen nach sehr gut bekommt). Zu erwähnen wären noch die Tänze der ungemein geschmeidigen Dornora und die hübschen Gumbredireuren Rafabettes.

Die Scala (Lutherstraße) wird in ihrem Eröffnungsprogramm ihrer alten Liebe, den hübschen inszenierten Tanzbildern, nicht untreu. Hans Göhrard, an dieser Stelle nicht unbekannt, und Claudia Sablova tanzen sehr erfrischend und mit viel Kultur. Die Russin hätte allerdings noch etwas zu lernen. Das Zigarettenballer Dobo war in dieser Gesellschaft etwas deplaciert, im übrigen hat man hier auch schon einen besseren Gards gesehen. Gute Jongleure sind die drei Sionts. Amados spielt Diabolo mit festem Geschick, und die Waggel-Comp. gibt humoristische Madraszenen in unerreichter Vollkommenheit. Auch das übrige Gebotene hielt sich auf beachtenswerter Höhe.

Das Apollo-Theater hat ebenfalls wieder ein großes Ballet „Eine Nacht in Sevilla“ auf sein Programm gesetzt. Es ist das hübsche Spiel mehr oder weniger beschwingter Reine, die sich durch allzu hunte und alberne Gewänder nicht sehr bestreuen fühlen. Der schwebende Jusionist Tegethoff zeigt seine in Berlin nicht unterkennbaren Darbietungen. Berühmte Vertreter ihres Fachs sind die vorzüglichen Schwebekrokoiten Karlehs, die sich diesmal in einer geschmackvoll gehaltenen Szene „Im Fieber“ produzieren. Sonteh und Partner stellen sich in einem tollkühnen Propädeut vor, und Alice Nasson zeigt in einer hübschen Fälschung, das man auch im Fuchsbauernraum „Wallen fahren“ kann. Zum Schluß sollen auch Fritz Steidels noch immer unerlöste Humorsätze nicht unermüdet bleiben.

## Aus aller Welt.

### Feuerbrunst in Südtirol.

Eine heftige Feuerbrunst hat in Südtirol das Dorf Mel-tens zerstört. Melten ist ein Sommerort auf ungefähr 1000 Meter Höhe über dem Meer. Über 120 Häuser sind verbrannt. 700 Personen wurden obdachlos und nächsten Ort begeben, um für dringende Hilfe zu sorgen. Zugunsten der Obdachlosen wird eine Sammlung veranstaltet.

Ein Schwindler als Polizeihauptmann. Der als Polizeihauptmann der Schutzpolizei aus Königsberg nach Braunschweig berufene angebliche Rittmeister a. D. Wilhelm Dau wurde heute, einer Meldung der „Braunschweigerischen Landeszeitung“ zufolge, von der Strafkammer des Landgerichts Braunschweig wegen Betrugsversuches zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte behauptet, er sei in Hanow in Ostfriesland teilschlicher Polizeihauptmann gewesen und sei Rittmeister a. D., während er in Wahrheit die Stellung eines Amtsdieners und Inspektors einer Gemeindepolizei in Hanow bekleidet hatte.

Großfeuer in Kassel. Ein Großfeuer, wie es seit vielen Jahren Kassel nicht erlebt hat, brach am Dienstag in dem Häuserblock zwischen Scharstraße, Orleansstraße und Wollhafer Straße aus. Um 9 Uhr abends bemerkte man aus dem zwei Stockwerke hohen Hause der Firma Dehens u. Grohmerer helle Flammen herausströmen. Das Feuer war im ersten Stock, in dem Stoffe lagerten, auf bisher noch unausgeklärte Weise zum Ausbruch gekommen und mußte nach Geschäftsschluss zwischen 6 und 9 Uhr entstanden sein. Der sofort alarmierten Feuerwehr gelang es zwar nicht, das Gebäude zu retten, jedoch konnten die benachbarten Häuser vor den Flammen geschützt werden. Nach drei Stunden brach das Haus in die Luft zusammen, nachdem 8 Benzinfässer explodiert waren. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Materialschaden ist nicht besonders groß, da das zweite Stockwerk nicht belegt war.

Großfeuer in einem Kaffee. Die „Liberté“ aus Bayonne meldet, ist am Dienstag in einem Kaffee infolge einer Explosion Feuer ausgebrochen. Sechs Personen wurden schwer verletzt, eine davon ist bereits gestorben.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband der Jungen- und Tuberkulosekranken, Bezirk 7 u. Nichtenberg. Die am 11. August angelegte Versammlung im Hofe von G. Schmidt, Bog-lagener Str. 41, konnte wegen der Demonstration nicht stattfinden. Sie findet bestimmt am Freitag, den 9. September, 8 Uhr, im Lokal G. Schmidt, Bog-lagener Str. 41, statt.

Wetter die Freitag mittags. Trocken und übermäßig heiß. In den Abendstunden kühlt, in der Nacht zum Samstag wieder sehr kühl.



Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus Tiefand 7 1/2 Uhr
Schauspielhaus Die Räuber 7 1/2 Uhr
Deutsches Theater 7 1/2 Uhr: Kean
Wiederaufr. Alb. Bassermann
Salomon: Paul Grütz
Frt. 7 1/2: Potisch u. Perlmutter

Volksbühne Theater am Bülowplatz 7 1/2 Uhr: Die lange Julie
Lessing-Theater Heute bis Sonntag 7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte
Tilla Dörrieux
Montag 7: Peer Gynt
Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7 1/2 Uhr: Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Potisch u. Perlmutter
Frt. 7 1/2: Büchse der Pandora
Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 8: Die Weber (15. Abt., 6. Ab.)
Frt. 8: Die Weber (Auss. Abon.)

CASINO-THEATER Lothring Str. 37 - Tägl. 9/8
Das neue Eröffnungs-Prgr. mit der Spitzbubenposse
Exzellenz Maxe. Vorher: Das taktige Sinnspiel
Und wenn es just passiert
Sonntag 3 1/2: Mittelreist.

Komödienhaus Täglich 7.30 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Wabmann
Im neuen Burleskenschwank
Jonny Busenfreund
Berliner Theater 7 1/2 Uhr: Nur noch 4 Vorstellungen
DAS MILLIARDEN SOUPER

Folies Caprice Lindenstr. 132 am Oranienbg. T.
Täglich 8 Uhr:
D. Geliebte a. Teilung
Fiebertaumel
Deutschen Mosewitz mit Ferd. Grüncker

Central-Theater 8: Die Postmeisterin
Deutsch. Opernhaus 7 Uhr: Tannhäuser
Friedr. Wilhelmstr. Th. 7 1/2 Uhr: American-Girl
Kl. Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Reigen
Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die blaue Mazur
Neues Operntheater 8 Uhr: Die Königin d. Nacht
Neues Theat. a. Zoo 8 Uhr: Die kleine Lecassot
Neues Volkstheater 7 1/2 Uhr: Die Lokalbahn
Schiller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr: Nora

Circus Taraselli um Bahn, Friedrichstraße
Täglich 8 Uhr Vorstellung

Residenz-Theater Täglich 7 1/2 Uhr
Paul Wegener
Irene Triesch
Paul Blensfeldt in
Totentanz
Tranon-Theater Täglich 8 Uhr:
Ida Wüst
in
Die große Leidenschaft

WINTERGARTEN Reines Varieté-Programm
Rauchen gestattet!
Theater a. Kottbuser Tor Tel: Moritzpl. 16077
Täglich 7 1/2 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger - 10 Herren! -
Witz! Komik! Größter Lacherfolg!
Vvkl. 11-12 u. 4-6 Uhr

Kleines Theater Täglich 1/8 Uhr:
„Der Dieb“ (Le voleur)

Reichshallen-Theat. STEYNER SÄNGER
Abds. 7 1/2 u. 9 u.
Sg. nachm. 3 u.
Nm. halbe Pr.
Varieté
Döbhoff-Brett!

Rose-Theater 8 Uhr:
Jugend
METROPOL
Behrenstraße 34
8 Uhr:
Il Schlager

Admirals-Palast 7 1/2 Uhr: Abakadabra
Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Nur wenige Tage verkaufen wir in Lombard verfallene
Billige Schuhe
alles neue einwandfreie Ware
Herrenstiefel kräftige Ausführung... 65.00
Lackstiefel für Herren... 99.00
Herrenstiefel in Rindbox... 99.00
Herrenstiefel in Rindleder... 90.00
Braune Herrenstiefel... 120.00
Damen-Schnürstiefel in Rindbox... 85.00
Damen-Schnürschuhe... 55.00
Braune Damen-Spangenschuhe... 69.00
Burschenstiefel sehr haltbar, Größe 36-39... 75.00
Leder- u. Schuhbedarf G.m.b.H.
BERLINS
Kommandantenstraße 37 (im Laden)
nahe Alexandrinerstraße
Geöffnet nur von 10 bis 5 Uhr

B. FEDER
Brunnenstraße 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlottenburg, Scharrenstr. 6
Teppiche
Vorlagen
Gardinen
Stores
Tischdecken
Diwanddecken
Daunendecken
Steppdecken
Bettwäsche
KREDIT an alle
Anzahlung und Ratenzahlung nach Uebereinkunft

Luchfabrik-Niederlage
H. Lamprecht, Berlin-Tempel, Rouschstraße 11
Liefert direkt an Privats Stoffe für Herren und Damen
an Fabrikpreisen. Mäntel- und Jackettstoffe in großer Auswahl von 35 Mark an.

Teppiche
kauft man am besten in dem seit 50 Jahren bestehenden
Teppichhaus
Brünn
Hackescher Markt 4
am Bahnhof Börse
Große Auswahl! Billigste Preise!

Freitag: Ia Gänse
Sonntag:
Keulen - Klein - Linsen - Hautteif
Stückenfleisch... Pfd. 11,50
Gänseleber... Stck. 10,-
Ia Brat- und Suppenhühner
Max Schönwald Luckauer Straße 1
Flensburger Str. 19

Kautabak-Niederlage
G. A. Hanewacker, Nordhausen
Grimm & Triepel, Nordhausen
Fischer & Herwig, Hann. Münden
M. Hansen jr., Haderleben / Joseph Doms, Ratibor
Max Ziegenhals C. 2, Poststraße 12
Telephon: Zentrum 2971
Verkauft nur an Händler

Ankauf Juwelen
Margral & Co.
Kanonenstr. 9.

Parzellen Bestes Gartenland
bei den Bahnhöfen
Hardenberg, Marienfelde
Diesdorf, Mahndorf
Kaulsdorf verkaufen billig
Rieschke & Riese
Rueschkestr. 16 (Telefon 3776)

Gartenstadt
Neuegefeld
(Borsenstraße Berlin-Raum)
Besterse Vorzelle, bester Boden für Obst- und Gemüse, blüht durch die
Deutsche Anstaltungsbank,
Berlin V. 50, Rueschkestr. 17.
Fernsprecher Stempel 4776.
(Berlin-Stelle am Bahnhof
Georgfeld.
Auch Sonntags geöffnet.)
Wohlmeyerpumpen, Druck-
pumpen, Sauger, Rohre, ge-
brauchte, neue, sparsam,
Schneider, Rueschkestr. 23.

Verkäufe
Sportbillig Pelswaren, Ra-
turhäute, Kreuzstühle, Altsch-
fische sehr 36,-, 55,-, 115,-
u.s.w., Silberfische, Babel-
schiffchen, Stühle, Döckchen
und alle anderen Gegenstände
samt einem im Preis herabge-
setzten Damenpeltz, Bekle-
dungs- Herrentragen 66,-
Rieschke, Klein von Selegensfelde-
haus, Sozial-Pelswarenhaus
Charlottenburg, Wilhelmstr.
festtags 11/11/14, nicht irtzen,
nur 11/11/14, Neues Haus
von der Kanonenstr. Un-
terbrechen geöffnet von
8 bis 7.
Wassige, witzig gute Stoffe,
feine Verarbeitung, inso-
fern ungewöhnlich günstiger Stoff-
preise, geräumiger Un-
terk., 25,-, 30,-, 35,-, 40,-,
Häufiger Wollstoffe, we-
nig, 25,-, 30,-, 35,-, 40,-,
hochpartee.
Wäsche, witzig gute Stoffe,
feine Verarbeitung, inso-
fern ungewöhnlich günstiger Stoff-
preise, geräumiger Un-
terk., 25,-, 30,-, 35,-, 40,-,
Häufiger Wollstoffe, we-
nig, 25,-, 30,-, 35,-, 40,-,
hochpartee.
Wäsche, witzig gute Stoffe,
feine Verarbeitung, inso-
fern ungewöhnlich günstiger Stoff-
preise, geräumiger Un-
terk., 25,-, 30,-, 35,-, 40,-,
Häufiger Wollstoffe, we-
nig, 25,-, 30,-, 35,-, 40,-,
hochpartee.

Die Neuregelung
des Steuerabzugs vom Ar-
beitslohn ist in der 3. Auf-
lage von Rudolf Wissells
Fahrer durch das
Reichseinkommen-
Steuergesetz
berücksichtigt.
Preis Mk. 2,50 u. 20%, Zschl.
Buchhdlg. Vorwärts
Lindenstr. 2

Erste Möbelgroßfirma
nicht besonders preiswerte Angebote gegen folgende
Rufe in Speise-, Herren- und Schlafzimmern; Bager-
pokern sowie ansehnliche Seelen. Angebote unter
W 26 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“.

Erfolg haben Inserate im
Vorwärts
Militär = Röcke
Schnürschuhe Paar M. 35
Schaffstiefel M. 50 u. 60
Herren-Ulster neue 100 M.
Herren-, Damen-Futterstoffe
konkurrenzlos billig
ferner große Posten verschiedener Geschirr- u. Leder-
sachen, Sohlenleder zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Elsieherer Str. 11 Franseckstr. 28 Spandau
E. Rankstr., am Zoo Ecke Rykestraße Charlottenstraße 2
Platzburg 2687 Humboldt 2294 Tel. Spandau 429
Frankfurter Allee 317. Cöpenicker Str. 186. Charlottenbg.,
Charlottenstr. 31.
Reinickendorfer Straße 37 Amt Moabit 1192
(Nebenschluß)

ff. Tabak Ia
garantiert rein überseeisch, versteuert, in 100-Gramm-
und 500-Gramm-Packung, für jede Größe passend,
4 Pfd. = 60 M., 8 Pfd. = 110 M., 16 Pfd. = 215 M.
Iranko Nachnahme. Postcheckkonto 855 Nürnberg.
GERMANIA, WEISSENBURG, Nürnberg.
Versand nach allen Orten des In- und Auslandes.
Zirka tausend Zentner monatlich lieferbar. 1453

Wohnartell für d. Gemeindebetriebe Gr.-Berlins
Freitag, 9. Septbr., abends 6 Uhr, in Riems großem Saale, Hafenside 13:
Funktionär-Versammlung
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Schiedspruch des Schlichtungsausschusses.
Für Teilnahme an dieser Versammlung sind nur Funktionäre der unterzeichneten Organi-
sationen berechtigt.
Entsicht nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der gültigen Funktionärkarte.
Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Verband der Maschinisten und Helfer
Transportarbeiter-Verband Verband d. Gärtner u. Gärtnereiarbeiter
Metallarbeiter-Verband Zentralverband der Angestellten
Hautunreinigkeiten
usw. wird schmerz-
los, unmerkbar für
die Umgebung, ab-
geraunt zum Vorschein, à 9 Mark vom Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 166. erhältlich
bei der Elephantenapotheke, Leipziger Straße und Drogerien Bastianstraße 2, Fehmann-
straße 3, Reinickendorfer Straße 119, Charlottenstraße 76, Pankow, Prinzstraße 6.

Pickel, Sommersprossen,
geschält durch echte Vater-Philipp-Schäukur, danach kommt anmutige junge Zarie
riant zum Vorschein, à 9 Mark vom Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 166. erhältlich
bei der Elephantenapotheke, Leipziger Straße und Drogerien Bastianstraße 2, Fehmann-
straße 3, Reinickendorfer Straße 119, Charlottenstraße 76, Pankow, Prinzstraße 6.

Brillanten
Beien, Gold-, Silber-
Sachen, Platin-Druck-
tauf A. Fass, Seydel-
str. 32, Eds. Spittelmarkt
Berliner der hübschen
Spaßfälle, Rebenstraße 6.
8-1 und 2-3 1/2 Uhr.

Die
Morg'sche
Geschichts- /
Gesellschafts- u.
Staatslehre
Von Prof. Heinrich Cunow
Zwei vornehme, starke Halbleinbände
Eine auf die neueste Forschung gegründete
großzügige marxistische Soziologie,
wie sie bisher in der Literatur
gänzlich fehlte!
Der erste Band liegt bereits vor, der
zweite folgt in den nächsten Monaten
Preis des ersten Bandes
in Halbleinen gebunden R. 42,50
und Sortimentszuschlag
Bestellschein
Ich bestelle hiermit... Exempl.
Cunow: Die Morg'sche Geschichts-, Gesell-
schafts- und Staatslehre / 2 Halbleinen-
bände / Preis für den 1. Band R. 42,50
+ 20%
Diesen Bestellschein
bitten wir auszufüllen und angefüllt
sowie unerschiedlich in Druckfachenwert
einzusenden an:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Mass-Ersatz!
Leihhaus Brunnenstraße 5
Schlüpfer / Paletots / Anzüge / Cutaways
aus erstklassigen Rohstoffen, Rohhaar-Friedens-
Verarbeitung, jeder Maßarbeit ebenbürtig.
von 400, 500, 600, 700 M. an. Nur durch große Stoff-Einfäufe
so billig! Eigene Anfertigung. Befähigung lahm! Keine Lombardware!

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (Zusätzlich zwei
fettgedruckte Worte). - Stellengesuche und
Schlüsselanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere
Wort 60 Pf. - Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Verkäufe
Röhrenmaschinen, Teilschl.
Bahn, Dresdenerstr. 20.
Kreuzstühle 85,- Eilmühle
Pechstein Hälfte herabgesetzte
Kommerpreis. Damenmantel.
Reine Kombarware, Bel-
haus Rosenholzer, Einien-
straße 308/4, Ecke Rosenholzer-
straße. 1878
Anzüge 200,- Gummi-
mäntel 200,- Socken 45,-
Cutaways, Ulster, Paletots,
Friedensstoffe. Reine Kom-
barware, Belhaus Rosen-
holzer, Einienstr. 308/4,
Ecke Rosenholzerstraße.
Kreuzstühle 100,- Babel-
schiffchen, Blauschiffe, Silber-
schiffchen, Seltene Gelegenheiten.
Sensationskommerpreis. An-
züge, Socken, Ulster, Gold-
waren Sportpreise. (Reine
Werkwaren.) Fahrerschuhe,
Händelbühnen, Schönhäuser
Allee 115, (Ringbahnhof,
Hohbahnhof.) 1518
Rabenritzung, Vierer-
auswahl, Schöder, Frage
Bombardierstr. 4. 313a
Wäsche, witzig gute Stoffe,
feine Verarbeitung, inso-
fern ungewöhnlich günstiger Stoff-
preise, geräumiger Un-
terk., 25,-, 30,-, 35,-, 40,-,
Häufiger Wollstoffe, we-
nig, 25,-, 30,-, 35,-, 40,-,
hochpartee.

Stellenangebote
Kamellie auf Mäntel,
Loriz II, verlangt Spana,
Volgstraße 25. 781
Klempnerlehrlinge, Schöne
achbarer Eltern, für Bau
und Werkstatt sofort oder
später gesucht. Hoffmann
Hof, Metallwarenherst.,
Schönhäuser Allee 11. 657
Sechste 146/8
Repariererrinnen
für Strümpfe, Spezial feine,
möglichst per sofort gesucht.
Angehörigen nicht anzufordern.
Beratung von 5-7 Uhr
Eram Berger Straße 1-4
In dem hiesigen Magistratskollegium ist die Stelle des
Stadtkammerers
möglichst bald zu besetzen. Der Inhaber der Stelle hat
dem gesamten Rat und dem Rechnungsrat der Stadt
vorzutreten und soll außerdem den Vorsitz im Miet-
einstimmig übernehme. Neben der vollständigen
Beherrschung des Ratens und Antriebens einer Stadt
von 30 000 Einwohnern ist damit die Befähigung zum
Nichtamt für die Stelle erwünscht.
Die Besetzung erfolgt nach Gruppe 12 der hiesi-
gen Besoldungsordnung.
Auswärtige Bewerbungen sind bis zum 20. Sep-
tember d. J. an den Stadtdirektorinnen des hiesigen
Großmann hier einzulegen.
Widersprechen, den 5. September 1921.
Der Magistrat.

Tüchtige Einrichter
möglichst gelernte Wertgegenstände, welche durchaus
selbständig in der Lage sind, Kundenpreisen und Preisen
für Schätze und Stangen einrichten zu können, werden
sofort angestellt.
Ehrich & Graetz, Berlin SO 86, Eisenstr. 90/96.
Stellengesuche
Junges redaktionell befristetes Buchdrucker, 21 Jahre,
politisch und gewerkschaftlich organisiert, Redaktions-
tätigkeit, kurzzeit schon als Berichterstatter für Partei-
organ tätig, sucht Stellung als Hilfsredakteur an einer
Zeitung.
Schreiben Sieben zur Verfügung. Zuschriften erbeten
an M. Kollnowsky, Grimmen 1, Pomm., Strahlitz, 774.

# Severing und Hörning im Untersuchungsausschuss

Minister a. D. Severing (fortfahrend): Ueber Ostpreußen lag ein Bericht vor, wonach ein regelrechter Dienst organisiert war und alle Vorbereitungen getroffen waren, geschlossenen vorzugehen. Vom Vorsitzenden befragt, was die eigentliche Ursache für den Zustand gewesen sein dürfte, erklärte der Zeuge: Schon während der Kriegszeit und insbesondere nach der Revolution war Mitteldeutschland und besonders Sachsen der stärkste Herd der Unruhen. Schon 1919 hätte die Polizei stärker organisiert sein müssen. Die Arbeiter hätten sich jedenfalls von ihr nicht provoziert fühlen können. Selbst nach der Auffassung der unabhängigen Führer sei die Polizei besonnen und maßvoll vorgegangen. Die restlose Befriedigung ihrer Wünsche besonders im Leuna-Werk ohne Zustimmung der Leitung hätten zweifellos den Glauben erweckt, daß jetzt keine Macht mehr existiere, die irgendwelchen Forderungen Einhalt gebieten könnte. Dazu komme, daß der kommunistische Parteitag nirgends einen so starken Widerhall gefunden habe als gerade in Sachsen. Gerade hier haben die Massen geglaubt, der Tag sei nicht mehr fern, um russische Methoden in Deutschland einzuführen.

## Die außerordentlichen Behörden

müßten, so äußert sich der Zeuge weiter, nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Der Staatskommissar sei in den ordentlichen Behördenapparat einzubauen. Vieles Wichtige über den mitteldeutschen Zustand befindet sich nicht in den Akten, weil die Berichte mündlich erstattet wurden. Der Zeuge äußert sich sodann zu dem Punkt: Bewährung der Landräte, Amtsvorsteher usw. Der kommissarische Landrat Casparek habe als Verwaltungsbeamter das geleistet, was man von ihm erwarten konnte. Was die Unterschlagung von Militärartikeln anlangt, so sei er wegen Betrugsversuchs zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden; das Berufungsverfahren sei nicht zum Austrag gekommen, da die Revolution ausbrach. Jedenfalls geht daraus, daß er später einen höheren militärischen Rang erhalten hat, wohl hervor, wie schließlich seine Handlungsweise von den militärischen Behörden beurteilt sein wird. Eine Befähigung ist bis zum Abschluß des Verfahrens zurückgestellt worden. — Berichterstatter Dr. Liebknecht (USG.) richtet hierauf an den Zeugen die Frage: Wollte man durch „Aufsteigen des Geschwürs“ die Aktion zur Entladung bringen, wie es in einem Artikel des Zeugen im „Getreuen Eckhard“ heißt?

Der Zeuge erwidert: Die verhältnismäßig schwache Verwendung von polizeilichen Kräften hat — eine unbeabsichtigte und unvorhergesehene, aber durchaus willkommene Nebenwirkung — den vorbereiteten Zustand zum Ausdruck gebracht. Der Zeuge macht weitere Mitteilungen von den Maßnahmen der Regierung zur Aufklärung der Dynamitfunde in Mitteldeutschland im Zusammenhang mit dem Aufstreten von Hölz. — Auf die Frage des Berichterstatters Dr. v. Drnander (DnA.), was die Behörden auf den umfassenden Bericht über den bevorstehenden Ausbruch des Aufstandes unternommen hätten, der vom Reichskommissar erstattet sei, erwidert der Zeuge, daß von der Preussischen Staatsregierung auf diesen Bericht nichts unmittelbar veranlaßt wäre, wohl aber auf die Berichte und Mitteilungen der eigenen Behörden. Von dem Befehlen von

## Kampfororganisationen in Mitteldeutschland

mit ausgedehntem Kurierdienst ist dem Zeugen nichts bekannt. Auf die Frage des Berichterstatters, was nun auf die Lageberichte des Staatskommissars seitens des Ministeriums des Innern geschehen sei, erwidert der Zeuge, fast in jedem Monat hätten Besprechungen mit dem Oberpräsidenten stattgefunden, in denen mündliche Anweisungen erteilt worden seien. Schriftliche Erlasse seien nicht erfolgt. Neben der Dr. G. richteten sich die Maßnahmen der Regierung auch gegen alle organisierten Organisationen, nicht speziell in der Provinz Sachsen. Es hat sich im März gar nicht um eine rein lokale Bewegung in Mitteldeutschland gehandelt, sondern um eine zentrale Bewegung der Kommunisten.

Materiale für eine Rechtsputzschlacht in der Provinz Sachsen lag vor. Der Oberpräsident hat gerade mit dieser Rechtsputzschlacht die Behauptung des Ausnahmezustands begründet. Seine Aufhebung habe der Oberpräsident schon im April und Mai für angebracht gehalten, aber der Reichsminister des Innern hielt die Aufhebung mit Rücksicht auf die Rechtsputzschlacht noch nicht für angebracht. — Die Frage des Abg. Dr. v. Drnander, ob dem Zeugen seit dem März 1920 von einer Aktion der Rechtsputzschlacht, auch in Abwehr von Linksputschen etwas bekannt geworden sei, wird verneint. Abg. Dr. v. Drnander fragt weiter, ob bei den Märzunruhen 1920 die Waffen der Einwohner mehr von den Gärtern durch die Aufständischen in großem Umfang weggeholt worden seien. Der Zeuge erwidert: Das war eine ganz allgemeine Erscheinung. Deshalb habe ich mich gegen die Einrichtung der Einwohnerwehren gemandt, allerdings nicht speziell in Sachsen. Auf weitere Fragen des Berichterstatters erwidert der Zeuge, seitens des Reichskommissars seien

## erschallige Waffenfunde auf Seiten der Rechten

gemacht worden. Daß sich in der Hand der Kommunisten Listen über Waffenlager der Gegenseite befanden, sei ihm nicht bekannt. Die Vernehmung des früheren Ministers Severing wird abgebrochen. Es wird zunächst

## Oberpräsident Hörning.

der nur heute zur Verfügung steht, vernommen. Ueber die Frage, ob bei dieser Vernehmung Severing anwesend bleiben dürfe, da ja nach den Vorschriften der Strafprozessordnung die Zeugen bei der Aussage von anderen Zeugen den Raum zu verlassen haben, wird mit 10 gegen 8 Stimmen beschlossen, die Teilnahme zu gestatten. Die in der längeren Erörterung vorgebrachten juristischen Gründe gegen die Zulassung blieben unbeachtet. Hierauf wird dem Zeugen Oberpräsident Hörning das Wort erteilt. Man muß, so führte er aus, zum Verständnis der Vorgänge vom Kapp-Putsch ausgehen. Militär und Polizei nahm eine Haltung ein, die die Arbeiterschaft nicht verstand. Da beide sich nicht klipp und klar zur Verfassung bekannten, mißtraute man ihnen. Während der Reichstagswahl spitzten sich die Verhältnisse zu. Links wurde ein Putsch von rechts, rechts ein solcher von links an die Wand gemalt. Am 9. August habe ich

## die Spitzzentrale in Magdeburg.

die Fabrik für Sensationsnachrichten über die Rote Armee, aufgedeckt. Als der Befehl zum Aufgehoben war, waren die Regierungspräsidenten die zuständige Behörde. Dann kam das Entwarnungsgeheiß; auch seine Durchführung fiel ihnen zu. In dem Industriegebiet war die Waffenabgabe schlecht. Der Waffenschmuggel stand in Blüte. Inzwischen mehrten sich die Felddiebstahle. Ich habe mehrere Konferenzen mit den Landwirten abgehalten, um dem zu steuern. Die Landwirtschaft verlangte Schutzorganisationen, die ja nach dem Friedensvertrag verboten waren. Es wurden bewaffnete Feldhüter eingestellt. Die Felddiebstahle sind auch dann zurückgegangen. Ende September brach bei den niedersächsischen Romanowern eine Bewegung aus, in der unerfüllbare Forderungen gestellt wurden. Schon hier konnte ein großer Terror festgestellt werden. So wurde die Arbeiterschaft einfach gezwungen, das halbesche kommunistische Blatt zu halten. Im Frühjahr d. J. brachen dann neue Bewegungen in den Leuna-Werken und bei einem Werk in Eisleben aus. Im ersteren Werk wurde die Arbeitszeit von 56 Stunden

## über den Kopf der Gewerkschaften hinweg

einfach auf 48 Stunden herabgesetzt. In Eisleben nahmen die Zustände erschreckliche Formen an. Schon damals wandte sich das Gewerkschaftskomitee gegen den Frevel, der mit der Arbeiterschaft getrieben wurde. Ich habe Kommissare entsandt, und die Arbeiterschaft ging dann wieder in die Betriebe. Eines Tages erschien der Direktor vom Leuna-Werk bei mir und teilte mit, daß es so nicht weitergehe. Werte von Tausenden von Mark wurden

weggeschleppt. Wächter, die einschreiten wollten, wurden niedergeschlagen. Ich bin dann nach Berlin gefahren und habe von dem Minister Severing die Zusage einer Polizeiaktion erhalten. Für diese wurde der 19. März bestimmt, da man wegen der Abstimmung in Oberkasselen keinen früheren Termin bestimmen konnte, um nicht Agitationsstoff zu schaffen. Als das Ultimatum auf die Siegesstraße geschick, zeigte sich, daß die Bombe in Hettstedt angefertigt war. Angesichts dieser Tatsache wurden noch mehr Polizeikräfte, als anfänglich in Aussicht genommen waren, eingesetzt. Außerdem war die gesamte Polizei in Alarmbereitschaft. Die Arbeiterschaft war vier Tage vorher, bevor am 19. die Polizei in die einzelnen Orte einzog, durch einen Aufruf aufgeklärt. Der Erfolg war, daß nach meiner Ansicht nicht einmal 30 Proz. der in der kommunistischen Partei vereinigten Arbeiter an den Aufständen beteiligt waren. An einen geschlossenen Aufstand glaubte man überhaupt nicht. Erst jetzt habe ich erfahren, daß am 17. der allgemeine Aufstand beschlossen worden war.

## Das Militär habe ich nicht eingesetzt.

Wir wollten Verbrecher unschädlich machen und nicht Krieg führen. Hätte man Militär eingesetzt, so hätte es meines Erachtens ein Blutvergießen ohne Gleichen gegeben; der Aufstand hätte sich auf das ganze Reich verpflanzt. Eine Rote Armee gab es nach meiner Kenntnis dort weder 1920 während des Kapp-Putsches, noch während dieses Aufstandes. Das Vorgehen war nötig, um die Staatsautorität wiederherzustellen und gegen Verbrecher einzuschreiten. Grausamkeiten sind auf beiden Seiten vorgekommen. Die 1000 Mann Polizeitruppen, die ich zuerst angefordert hatte, sind auf meine Veranlassung durch ihre Führer vor Grausamkeiten eindringlich gewarnt worden. Von dieser Seite ist auch nichts vorgekommen. Dagegen ist es möglich, daß von Polizeimännern, die aus anderen Provinzen kamen, Uebergriffe erfolgt sind. Seitens der Aufständischen sind zahlreiche Grausamkeiten und Uebergriffe vorgekommen; so sind mehrere Polizeibeamte, die nicht im Kampf waren, erschossen worden. Besonders grauenhaft ist auch die Verschleppung von Geiseln, die Entnahme von Personen aus dem Bürgerort, die gar nichts mit dem Kampf zu tun hatten. Auf dem Transport sind von ihnen drei oder vier erschossen worden. Außerdem ist von Geiseln noch Geld erpreßt worden. Die Leichen ermordeter Polizeibeamten sind aufs schändlichste verstümmelt worden. Man ist mit größter Rohheit der Polizei gegenüber vorgegangen.

Auf Befragen des Vorsitzenden, Abg. Kuttner (Soz.), teilt der Zeuge ergänzend mit:

## Die Zahl der Ausländer

ist in der Provinz Sachsen außerordentlich groß. Die Zahl der agitatorisch oder gewerkschaftlich umherziehenden Ausländer festzustellen, ist aber nicht gelungen. Besonders sind viele Russen während des Aufstandes in der Provinz Sachsen festgesetzt worden, deren Zahl mit 2000 bis 3000 wohl nicht zu hoch angegeben wird. Sicher haben die Leute einen sehr unheilvollen Einfluß auf die Arbeiterschaft ausgeübt, dagegen sind sie sicher nicht an den Kämpfen selbst beteiligt gewesen. Von Organisationen, die einen bewaffneten Kampf gegen die Staatsverfassung gewollt hätten, ist dem Zeugen nichts bekannt, ebensowenig von einer Verbindung der Magdeburger Spitzzentrale mit irgendeiner größeren Organisation. Allerdings habe diese Zentrale von irgendeiner Stelle große Geldmittel erhalten.

Zur Frage des Einflusses der kommunistischen Parteien erklärt Oberpräsident Hörning, er sei erst seit dem Kampf um das Leuna-Werk von einer zentralen Aufstandsspartie überzeugt gewesen. Man habe damals z. B. auch den Redakteur Lowigst und einen Herrn Lemz von der Leitung der KPD in Halle bei den Kämpfen gesehen. Daß bei den kommunistischen Bezirkssekretariaten Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, nimmt der Zeuge mit Sicherheit an. Er persönlich glaubt an einen Zusammenhang zwischen den Vorgängen in Mitteldeutschland und den Aufrührerbewegungen in anderen Gegenden. Positive Aufforderungen zum Aufstand habe die kommunistische Presse erst während der Unruhen gegeben. Des weiteren glaubt der Zeuge, daß die Eisenbahnattentate, namentlich das des Jakob in Ammendorf, von den Aufständischen Verbrechern zugeschoben werden könnten, denn die Kommunisten hätten ja nachträglich sogar Hölz für sich in Anspruch genommen. Die Vernehmung des Oberpräsidenten Hörning wurde sodann auf die

## Mängel in der Behördenorganisation

erstrahlt. Er gab an, daß die Einrichtung der Meldestelle beim Oberpräsidium auf Verfügung des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung geschehen sei. Die tatsächliche Zulässigkeit dieser Behörde habe er nicht nachprüfen gehabt. Die Zivilkommissare bei der Schutzpolizei seien nach dem Kapp-Putsch eingerichtet worden. Sie hätten sich bewährt durch ihre vermittelnde Tätigkeit zwischen der Zivilbevölkerung und der Polizei. Ein besonders starker Wechsel bei der oberen Beamten der Schutzpolizei in der Provinz Sachsen wird von dem Zeugen bestritten. Verabschiedungen von Offizieren seien auf keinen Fall infolge von Schikanen des Zivilkommissars Kunzmann erfolgt. Oberpräsident Hörning bestritt auch, bei der Auswahl der Amtsvorsteher und Ortspolizeibehörden unvorsichtig gewesen zu sein. Er habe z. B. 108 Personen trotz ihrer Wahl durch den Kreisrat nicht bestätigt. Die von einem Landrat eingeführten Klausurarbeiten hätten sich bei der Prüfung der Amtsvorsteher auf ihre Eignung bewährt. Die Mitgliedschaft bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei habe er allerdings nicht für einen Hinderungsgrund gehalten. Nach der Spaltung auf dem Parteitag in Halle sind aber Kommunisten nicht mehr als Anhänger der Polizeigewalt bestätigt worden. Nach dem Putsch hat sich ein Teil der Amtsvorsteher sehr übel benommen. Gegen sie ist das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Es kamen darauf die Fälle der Landräte Route und Casparek zur Sprache. Zeuge Oberpräsident Hörning gibt die Möglichkeit zu, daß er im Wahlkampf in einem Brief die Ernennung Routes vom Minister erbeten haben könnte. Die Vorwürfe gegen Route und Casparek hätten sich jedoch alle als unbegründet erwiesen.

## Zum Fall Casparek

gibt der Zeuge an, er habe bei der Staatsanwaltschaft in Halle eine Reihe von Strafanträgen gegen die Beleidiger Caspareks gestellt. Die Staatsanwaltschaft habe aber nur die Beschuldigung Caspareks vernommen und ihn, den Oberpräsidenten, ersucht, die Anträge zurückzuziehen. Das habe er nicht getan, sondern die Durchführung verlangt. Die angebliche Unterschlagung Caspareks im Felde stellt der Zeuge als die Intrige eines Feldwebelkandidaten hin, der den damaligen Ortskommandanten Casparek aus seiner Stellung in Rumänien verdrängen wollte. Der Antrag, dem kommissarischen Landrat Casparek 6000 M. Zulage im Jahre zu gewähren, sei von unabhängiger Seite, nicht von kommunistischer ausgegangen. Die Zulage sei aber niemals bezahlt worden, weil der Minister solche Zuschüsse aus den Kreiskommunalfassen verbieten habe. Casparek habe seit der Spaltung der Unabhängigen Partei die Kommunisten mit aller Schärfe bekämpft und sei dafür von dem „Klassenkampf“, dem kommunistischen Organ in Halle, in unerhörter Weise angegriffen worden. Daß Casparek für Moskau gesprochen habe, bestritt der Zeuge. Die Ablehnung polizeilicher Eingreifens in Sangerhausen sei nicht auf die Bemühungen Caspareks zurückzuführen gewesen, sondern darauf, daß dem Oberpräsidium gar keine Polizeitruppen zur Verfügung gestanden hätten. Im Gegenteil habe Casparek, der ein Gegner des Eingreifens der Polizei gewesen sei, erklärt, wenn Polizei nach Sangerhausen geschickt werden müsse, werde sich auch die Möglichkeit finden, sie unterzubringen. Casparek habe seine Borgefekten während des Putsches stets auf dem laufenden gehalten, bis durch das unerwartete Eingreifen der Hölzlichen Banden das Unglück geschah. Am Tage, als dem Aufrührer ausbrach, habe er allerdings dem Führer der unzufriedenen Menge, dem kommunistischen Stadtrat Franzke, die Sorge für die öffent-

liche Sicherheit überlassen, er habe das aber nur getan, weil in zwei Stunden die Ankunft eines Zuges mit Polizeitruppen in Aussicht stand, die dann die Ruhe zweifellos wiederhergestellt hätten. Weiter habe sich die Ankunft dieses Zuges verzögert. Daraus könne man aber Casparek kaum einen Vorwurf machen. Oberpräsident Hörning stellt dem Landrat Casparek das Zeugnis aus, daß er ein überaus fleißiger und tüchtiger Beamter gewesen sei. Casparek sei aber nicht möglich gewesen, solange die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich und zwischen dem Reich und der Entente noch schwebten.

Es wird darauf

## die Polizeiaktion

besprochen. Auf den Vorwurf, daß er seine Maßnahmen nicht in Übereinstimmung mit den Offizieren getroffen habe, erwidert der Zeuge, namentlich die früheren Generalstabsoffiziere, die jetzt bei der Polizei sind, seien der Meinung, man müsse die Polizei an einzelnen Punkten konzentrieren, um sie für eine Aktion fest in der Hand zu haben. Er halte diese Taktik für falsch, denn man begünstige dadurch an den nichtgeschützten Orten die Bildung von Aufrührerherden. Dieser taktische Irrtum der Generalstabsoffiziere sei z. B. in Eisleben verhängnisvoll geworden. Man habe die Strecke zwischen Merseburg und Eisleben ungeschützt gelassen und habe dann später ein größeres Aufgebot hinschicken müssen, weil sich dort Herde des Aufrubrs gebildet hätten.

Es wird dem Oberpräsidenten weiter zum Vorwurf gemacht, daß die Aktion auf Eisleben mit ungenügenden Kräften unternommen worden sei. Der Zeuge erklärt, Major Folke habe den Auftrag gehabt, mit 300 Mann nach Eisleben und mit 200 Mann nach Hettstedt zu gehen und dann abzuwarten. 1500 Mann habe er nicht nach Eisleben schicken können, denn das tue man nur, wenn man Krieg führen wolle. Ein solches Aufgebot hätte die Bevölkerung in Aufruhr bringen müssen. Hier aber sei nur ein polizeilicher Zwang zu erfüllen gewesen, für den 500 Mann genügt hätten. Oberpräsident Hörning meint, man könne kaum davon sprechen, daß Major Folke in Eisleben eingeschlossen war. Die Polizei sei in der Nacht stark beschossen worden, am anderen Morgen habe sie sich aber sofort freimacht und das Rathaus besetzt. Er habe aber sofort beim Minister Entschädigung beantragt und zwei Tage später seien 2000 Mann aus Düsseldorf eingetroffen. Uebrigens seien nicht einmal die Straßen von den Aufrührern zerstört gewesen, denn nachts habe ein Panzerauto der Polizei in Eisleben Munition bringen können. Von einer Blockade könne man also nicht sprechen. Munition hätten die Polizisten mitgebracht, soweit sie tragen konnten. Sie seien auch alle mit Gewehren ausgerüstet gewesen.

## Den letzten Punkt der Vernehmung bildeten

## Uebergriffe und Grausamkeiten der Polizei.

Oberpräsident Hörning bemerkt dazu, daß der Reichstaatsabgeordnete Krüger, der sich mit Polizeioffizieren zum Leuna-Werk begeben hatte, dort keine Grausamkeiten festgestellt hätten, wie sie von der „Roten Fahne“ behauptet wurden. Ueber angebliche weitere Grausamkeiten in Gröbers habe auf seine Veranlassung Major Schulz, ein erfahrener Kriminalist, tagelange protokollierende Vernehmungen und Untersuchungen angeestellt. Die widersprüchlichen Zeugenaussagen hätten keine positive Schuld erwiesen. Die Akten seien zur weiteren Untersuchung und Verfolgung der Oberstaatsanwaltschaft in Halle überreicht worden. Von einem Befehl der Besatzung von Leuna, keinen Widerstand zu leisten, habe die Polizei keine Kenntnis erhalten. Sie habe so handeln müssen, wie sie gehandelt habe. Erschießungen Wehrloser nach der Einnahme seien durch die Ermittlungen nicht festgestellt. Daß Rotstandarbeiter, die sich am Kampfe nicht beteiligt haben, grauamterweise in einem Silo untergebracht worden sind, dürfte richtig sein. Als die Polizei eingedrungen war, wollten natürlich jeder nur als Rotstandarbeiter dabei gewesen sein, nicht aber als Kämpfer. Die Polizei hätte das nicht sofort feststellen können.

Damit ist die Vernehmung des Oberpräsidenten Hörning beendet. Am Donnerstag werden als weitere Generalversammlungen Regierungspräsident v. Gersdorff und Regierungsrat Kührorn vernommen werden. Außerdem soll auch die Vernehmung des Ministers a. D. Severing zu Ende geführt werden. Schluß 6 Uhr.

## Völkerbund und Friedensrevision.

In der gestrigen Sitzung des Völkerbundes kam eine in mehr als einer Hinsicht bedeutsame Frage zur Sprache. Die Vertreter Bolivias stellten den Antrag, eine Völkerbundkommission zwecks Revision des Friedensvertrages zwischen Chile und Bolivien aus dem Jahre 1904 einzusetzen. Die öffentliche Meinung Bolivias betrachte den Vertrag als unausführbar. Bolivien verlange hier vom Völkerbund eine Maßnahme der Gerechtigkeit, sie verjagen, hieße die Grundlage des Völkerbundes verleugnen.

Der Vertreter Chiles führte demgegenüber aus, daß er zwar jedem Vorgehen des Völkerbundes zustimmen werde, das den Versammelten gefalle, sich eine eigene Meinung zu bilden, solange damit nicht die Zuständigkeit des Völkerbundes präjudiziert werde, sollte aber Bolivien auf der Revision beharren, dann werde er durch seine Gegenstimme die für die Revision erforderliche Einstimmigkeit der Versammlung sprengen. Der Vertreter suchte die Versammlung durch den Hinweis auf die Folgen einer Präjudizialentscheidung für sich zu gewinnen. Sollte dieser Vertrag revidiert werden, so würden eines Tages alle Besiegten kommen und die Revision aller Friedensverträge der vergangenen Jahrzehnte beantragen. Der Völkerbund hätte dann die ungeheure Aufgabe, die Ergebnisse aller kürzlich beendeten Kriege wieder aufzuheben.

Auf Vorschlag des vielgewandten Präsidenten von Karnebel wurde beschlossen, die Exposés der bolivianischen und chilenischen Delegierten zu drucken und den Versammlungsteilnehmern zuzustellen, damit diese sich in der Frage ein Urteil bilden könnten. Der interessante Streitfall dürfte damit aber kaum erledigt sein, da das Ansehen des Völkerbundes eine ernstere Lösung derartiger Fragen verlangt.

100 000 Millionen neue Steuern. Der ungeheure Fehlbetrag im Reichshaushalt von 50 Milliarden Mark und die Reparationsleistungen in mindestens gleicher Höhe zwingen Deutschland zur Einführung neuer Steuern, die wohl doppelt so hoch sein werden wie alle bisher bestehenden Abgaben zusammengenommen. An der Aufbringung dieser Steuern hängt die Erfüllung des Ultimatums, die Verhinderung neuen feindseligen Einmarsches, die Möglichkeit friedlicher Entwicklung in Europa. Die Verteilung dieser riesigen Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung wird von ausschlaggebender Bedeutung sein für Deutschlands soziale Struktur. Die entscheidende Frage sowohl für die Erfüllung der deutschen Zahlungspflichten wie für die innerpolitische Situation ist die Erlassung der Goldwerte, derjenigen deutschen Vermögenswerte, die durch die Entwertung des deutschen Geldes an Wert nicht verloren haben; die Besteuerung derjenigen Personen, die inmitten von Deutschlands allgemeiner Verarmung nicht ärmer, sondern reicher geworden sind. Die Proletarier — die Besitzer von Goldwerten, so lautet der Schlußsatz, so stehen sich die Heere gegenüber. Für diese Kämpfe bedarf die sozialdemokratische Partei des Rüstzeuges, das die bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, unter dem Titel: „100 000 Millionen neue Steuern.“ Wer soll sie zahlen? Proletarier oder Besitzer von Goldwerten? Von Ernst Heilmann erscheinende Broschüre bildet.

